

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfseitige Petizelle oder deren Raum 20 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 50 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 7.

Montag, den 9. Januar 1911.

18. Jahr.

Hierzu eine Beilage.

Moabiter Ernte.

Noch ist das Urteil in dem Prozeß über die Moabiter Polizeischlägerei nicht geprorchen; noch wissen wir nicht, ob sich der Gerichtshof den ungewöhnlich hohen Strafanträgen der Staatsanwaltschaft anschließen wird. Aber wie immer das Urteil auch aussfallen möge, das eine läßt sich heute schon mit Bestimmtheit sagen: Die wirklich Schuldigen sind nicht die paar Dutzend Angeklagten, die die Polizei zufällig ergriffen und auf die Anklagebank gebracht hat, sondern die Polizei in und ihre Sachwalter. Elend zusammengebrochen ist das heutige Polizesystem, elend zusammengebrochen das System der Klassenjustiz, elend zusammengebrochen das Lügen Gewebe, das gewisse Kreise so fein gesponnen zu haben glaubten, das aber nicht standhalten konnte vor den nackten Tatsachen — trotz Bethmann und seiner Freunde aus dem Lager der Scharfmacher, die nun tränenden Augen mit ansehen müssen, wie ihre Felle davon schwimmen.

Zwei Monate hat der Prozeß gedauert, 675 Zeugen sind vernommen worden, und jeder Tag hat aufs neue und immer zwingender den Beweis dafür erbracht, daß Preußen kein Rechtsstaat ist, in dem das Gesetz herrscht, sondern ein Knechtsstaat, ein nackter Polizeistaat, in dem die rohe Gewalt, der Polizeiäbel herrscht. Preußischer Polizeiäbel und russische Kojaksknute! Groß ist der Unterschied zwischen beiden wahrhaftig nicht. Blindlings haben Polizisten auf friedliche Passanten eingeschlagen, und so mancher Löbredner der Polizei ist durch die „schlagenden“ Argumente, die er am eigenen Körper zu spüren bekommen hat, zu einem wütenden Gegner der selben geworden. Nicht vom sogenannten Blaukoller bestellte Leute sind es, die da als Zeugen für polizeiliche Greuelaten auftraten, sondern Leute, die ein gerechtes Urteil haben, die an sich mit den Schuhleuten durchaus sympathisierten, ja sogar Männer von hoch konserватiver Gesinnung, die einzige und allein die Liebe zur Wahrheit bewogen hat, vor Gericht auszusagen. Und was sie aus sagten, das ist so beständig, so niederschmetternd und in seiner Fülle und Massenhaftigkeit so überwältigend, daß jeder objektive Beurteiler sagen muß: Hier handelt es sich nicht um vereinzelte Fälle polizeilicher Übergriffe, hier handelt es sich um ein System. Männer und Frauen, die müde von schwerer Tagesarbeit ihr Heim aufsuchen wollten, Frauen und Kinder, die ihre Gatten und Väter erwarteten, ruhige Passanten, die nichts Böses ahnen, auf die Straßenbahn warteten, Bürger, die nach Feierabend ihren gewohnten Abendschoppen tranken, sie alle haben Bekanntheit mit dem Polizeiäbel gemacht und können froh sein, wenn sie nicht noch auf die Anklagebank gezerrt würden. Die Feder straut sich, die vor Gericht bekundeten Greuelaten im einzelnen zu schildern oder die gemeinen Schimpfwörter auch nur anzudeuten, die die Schuhleute ehrbaren Frauen zugrunde haben. Ja, nicht einmal Frauen in gesegneten Umständen, die doch selbst den Wilden ein Gegenstand der Ehrfurcht sind, wurden von diesen „Kulturträgern“ geschont.

Der Staatsanwalt freilich hielt die von der Verteidigung geladenen Belohnungszeugen der Polizei nicht für glaubwürdig. Hundert Zeugen, die unter ihrem Eid aussagten, daß sie Mißhandlungen gesehen haben, galten ihm nichts gegenüber einem einzigen Zeugen, der nichts gesehen hat, weil er nichts sehen konnte, da er entweder garnicht an dem Tatort gewesen ist oder nur zu einer Zeit, wo nichts los war. Und was sind das für Zeugen, die sich auf den famosen Aufruf des Polizeipräsidenten gemeldet haben! Ist es an sich schon ein Bild völliger Hilflosigkeit und Verzweiflung, daß der Berliner Polizeipräsident, nachdem der Prozeß schon wochenlang im Gange war, in den Tageszeitungen nach Zeugen suchen muß, so ist es geradezu mitleiderregend, wenn man sieht, was sich alles als Zeuge angeboten hat. In der Haupstadt Beamte, zum Teil junge Leute wie jener 20jährige Supernumerar aus Berlin, der Typus eines Strebers, dem Karriere zu machen als einziges Ziel vor Augen schwebt. Dazu die statliche Zahl von Frauen, die auf die Frage der Verteidigung gestehen müssen, daß sie Frauen von — Polizeibeamten sind. Nicht, als ob wie ihre Angaben irgendwie anzweifeln wären, aber wie kann dieser Landsturm des Herrn v. Jagow, dem es nach drei Monaten plötzlich einfällt, dem gefährdeten Polizeipräsidenten Hilfe zu leisten, wie kann dieser Landsturm irgendwie das entkräften, was durchaus glaubwürdige Zeugen, freiwillig und selbst des gesellschaftlichen Boykotts ihrer Klassengenossen nicht achtend, beschworen haben?

Wie die Schuhleute, so wollen auch die Polizei offizielle weder selbst Mißhandlungen begangen, noch irgendwelche Mißhandlungen ihrer Untergebenen gesehen haben. Was will es belügen, wenn Dutzende und aber Dutzende von Zeugen austreten, die das Gegenteil behaupten, was tut es, wenn die Verprügelten und Mißhandelten sogar persönlich — teils mit verbundenen Gliedmaßen, teils die Narben ihrer Wunden aufweisend — den Gerichtssaal betreten? Die Polizei weiß von nichts, sie erinnert sich an nichts, sie hat nichts gesehen. Fehlt mir noch, daß sie sagt, die Zeugen haben sich die Wunden selbst beigebracht!

Übertrumpft wird die uniformierte Polizei — wenn man von der hinzischen Knippegarde, jenen mit Revolvern und Gummischläuchen bewaffneten berufsmöglichen Streikbrechern absieht — nur noch von ihren Kollegen in Zivil, den Kriminalbeamten, die in selten stattlicher Zahl in jenen Tagen in Moabit gehaust haben, nicht um Ordnung zu schaffen, sondern um den Behörden Gelegenheit und einen Vorwand zum Einschreiten zu geben. Wenn irgendwo, so hat sich hier der Satz bewahrheitet, daß vom Spiegel zum Lockspiegel nur ein Schritt ist. Die Spiegeleien wagen diese Gentlemen nicht, in Abrede zu stellen, Lockspiegeleien bestreiten sie, aber ihr Ableugnen nutzt ihnen nichts, zu viel Augen haben ihre Heldentaten beobachtet, zu viel Ohren ihren Geläuden gehört, und so blieb denn ihrem in die Enge getriebenen Chef, dem Berliner Polizeipräsidenten, nichts weiter übrig, als ihnen keine Genehmigung zur Aussage zu geben.

So hat denn Herr v. Jagow sich selbst und sein System gerichtet.

Aber nicht nur die Polizei, auch die Justiz hat eine empfindliche Niederlage erlitten. Die von Erfolg gekrönten Bemühungen, Angeklagte ihrem ordentlichen Richter zu entziehen, um sie vor einer als außer Acht zu leisenden im Sinne der Angeklagebehörde — bekannte Strafkammer zu bringen, dürften ebenso wenig geeignet sein, das Vertrauen in unsere Rechtspflege zu festigen, wie die Beschränkung der Anklage auf Personen, die der Arbeiterklasse angehören. Es steht fest, daß zahlreiche Personen verhaftet, aber ohne daß es zur Erhebung einer Anklage kam, wieder freigelassen wurden, die genau dieselben „Verbrechen“ begangen haben, wie die meisten der Angeklagten. Und warum ist ihnen nichts passiert? Warum wollte sie der Arm der Gerechtigkeit nicht erreichen? Weil sie keine Arbeiter, weil sie Beamte oder Leute in beamtenähnlichen Stellungen sind, die man doch unmöglich auf die Anklagebank bringen kann, wenn anders man nicht selbst seine Absichten, die Vorgänge in Moabit als von der Sozialdemokratie direkt oder indirekt angezettelt erscheinen zu lassen, durchkreuzen will! Durch Zufall ist diese Methode an den Tag gekommen: ein Inhaftierter, der Sohn eines Kriminalbeamten, weigerte sich, auf den ihm von der Polizei angebotenen Loskauf um 25 Mark einzugehen, und so muhte er mit auf der Anklagebank Platz nehmen. So ist es dann erwiesen: Arbeiter werden wegen der geringfügigsten Vergehen unweigerlich unter Anklage gestellt. Angehörigen anderer Klassen gibt man Gelegenheit, ihre Vergehen durch Abbitte oder Zahlung von Ablassgeld wieder gut zu machen. Si duo faciunt idem, non est idem — wenn zwei das Gleiche tun, so ist das nicht das Gleiche. Klassenjustiz in des Wortes vollster Bedeutung.

Noch bevor die Beweisaufnahme beendet war, hat der höchste Beamte im Reich und in Preußen, der oberste Verteidiger der Staatsanwaltschaft, Herr v. Bethmann-Hollweg, sich nicht gescheut, der Sozialdemokratie die moralische Verantwortung aufzubürden und jegliche Übergriffe von Polizisten in Abrede zu stellen. Das Märchen von der moralischen Verantwortung der Sozialdemokratie hat selbst die Angeklagebehörde nicht mehr aufrecht erhalten können. Der Erste Staatsanwalt versichert kleinmütig, daß er so etwas niemals behauptet habe. Das stimmt nun zwar nicht, aber wir wollen mit Herrn Steinbrecht darüber nicht rechten. Wichtig wäre, daß Bethmann-Hollweg seine Äußerung zurücknimmt und eingestellt, er sei falsch unterrichtet gewesen. Aber das darf er ja nicht, denn die Scharfmacher, in deren Bann er sich befindet, brauchen Material zu Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiter, und dieses Material sollte ihnen der Moabiter Prozeß liefern. Der Prozeß hat nicht erfüllt, was die Scharfmacher von ihm erwarten, aber was tut's? Der Reichslügenvorband wird schon nachhelfen und dafür sorgen, daß das Volk über die wirklichen Vorgänge im Dunkeln bleibt. Da heißt es denn, den Spieß umdrehen und seiner Lügen-Gesellschaft zurückzunehmen. Sache unserer Vertreter im Reichstag und Landtag muß es sein, bei der ersten Gelegenheit die Moabiter Vorgänge in den Parlamenten zur Sprache zu bringen und vor allem das gemeinschaftliche Kreiden der Polizei an den Pranger zu stellen.

Politische Rundschau

Deutschland

Wahlprüfungen.

In der „Kölnischen Volkszeitung“ macht ein Artikel den Vorschlag, im Anschluß an die reichsländische Verfassungsreform die Frage der Wahlprüfungen neu zu regeln. Vielleicht könnte reichsgeleicht bestimmt werden, irgend einen bestimmten Senat des Reichsgerichts mit den Wahlprüfungen zu betrauen, um durch die unabänderliche und dauernde Praxis eines feststehenden unabhängigen Gerichtshofes eine absolut feste Praxis in den Wahlprüfungen zu schaffen.

Das verblockte Zentrumblatt will sich — wahrscheinlich in einer Umarbeitung von schlechtem Gewissen — solche Erwägungen nicht in allen Punkten aneignen, sondern hofft, daß sich gegebenenfalls Ausschüsse zum Worte melden. Diese stillen Hoffnung ist bemerkenswert, weil sich das Zentrum in der Wahlprüfungskommission wiederholt für die Übertragung der Wahlprüfungen an eine unparteiische Instanz ausgesprochen hat.

Moabit-Logik.

Die „Deutsche Tageszeitung“ gibt jetzt, wenn auch mit innerem Zögern und Widerstreben zu, daß die Sozialdemokratie „formell“ nichts mit dem badischen „Hochverratsflugblatt“ zu tun hat. Aber die in Moabit entwickelte Staatsanwaltslogik hat ihr so impoziert, daß sie der Sozialdemokratie „in vollem Umfang die moralische Mitschuld“ zuschreiben möchte: „Diese moralische Mitschuld der Sozialdemokratie wird beispielweise auch durch die Tatsache harsch beleuchtet, daß kürzlich sogar an Jugendliche, die soeben erst der Volksschule entwachsen waren, sozialdemokratische Flugblätter verteilt wurden, die zwar nicht zu militärischem Ungehorsam aufforderten, wohl aber das Heer und den soldatischen Geist verächtlich zu machen.“

Natürlich werden die Behörden „im Interesse unserer Jugend“ gegen die freie Jugendbewegung scharf gemacht. — Es ist eine bekannte Tatsache, daß die „Ostl. Tageszeitung“ regelmäßig von schweren Wuldetrienn hingefüllt wird, wenn sie eine Gelegenheit findet, gegen die Sozialdemokratie zu hezen. Aber die Insammlung für den Schulkostenstreich mit dem hirnverbrannten Flugblatt die Sozialdemokratie „moralisch“ verantwortlich zu machen, ist auch von dem Dertelblatte selbst nur überboten worden.

Der allerheiligste Vater und der Keizerprinz.

In seiner Enzyklika an die orientalischen Bischöfe, die jetzt von der „Germania“ in ihrem Wortlaut veröffentlicht wird, bedenkt der Papst den Keizerprinzen mit folgenden Liebenswürdigkeiten: Der Keizerprinz mit seinen theologischen und gesellschaftlichen Irrtümern, deren so viele seien, daß auf wenigen Seiten kaum mehr angeführt werden könnten, habe ihn mit großem Schmerz erfüllt. Er sei verwegen und irrig, höchst unvorsichtig, enthalte schon längst verurteilte Irrtümer und verkehrt Überzeugungen, allerheiligste Sakramente seien nicht unverjechtet gelassen, allen sei aus dem Artikel ein sehr schweres Ärgernis entstanden, und der heilige Vater sei sehr erstaunt gewesen.

Die katholische Lehre durch unverhüllte Worte so dreist entstellt und manche geschichtlichen Angaben über die Ursachen des orientalischen Schismas von der Wahrheit so lähl abgewandert zu sehen.

Auch die Ansprüche der Geschichte werden mit Füßen getreten, da die frommen Expeditionen, welche man die Kreuzzüge nennt, zu Kauzungen gemacht werden und da, was noch schlimmer ist, die römischen Bischöfe so beschuldigt werden, daß ihre Bemühungen um die Wiedervereinigung der Völker des Orients mit der römischen Kirche der Herrschaft nicht aber des apostolischen Sorge um die Leitung der Herde Christi gizustreben.

Dies alles, ehrwürdige Brüder, haben wir auch gezeigt, nicht mit damit ihr willst, daß die erwähnten Sätze und die Weihungen als falsch, unwirksam und dem katholischen Glauben widerprechend von uns verdammt werden, sondern auch damit ihr, soweit das in euren Kräften steht, euch bemüht von den eurer Obhut anvertrauten Völkern eine so lichtvolle Welt zu erhalten, und alle ermahnt, in der überlebten Lehre zu verharren und nie einer anderen zu zustimmen, wenn auch ein Engel vom Himmel sie predigen sollte (Gal 1, 8).

Na, die allerheiligsten Einladung verleiht der Papst auf seinen Triumph über den prinalichen Feind, der seine Unschärfe durch den Pantoffelkopf belegte.

Es freut uns, euch mitteilen zu können, daß der liebste Verfaßer jener Sätze, die von ihm in unüberlegter Weise, aber in gutem Glauben herausgegeben waren, aufdringlich und von Herzen den in diesem Schreiben auseinandergetretenen Leuten in Unserer Gegenwart zugesummt hat, und daß er selbst bereit ist, mit Gottes Hilfe bis zum letzten Tage seines

Lebens alles das zu lehren, zu verwerfen und zu verurteilen, was der Apostolische Stuhl lehrt, verwirft und verurteilt." Kommentar überflüssig!

Die Aufgaben des preußischen Landtags in der nächsten Session.

Eine Berliner Korrespondenz macht Mitteilungen aus der Thronrede, mit der der preußische Landtag am nächsten Dienstag eröffnet werden soll. Danach sollen folgende Gesetzentwürfe angekündigt sein:

In erster Linie die beiden Gesetzentwürfe über kommunale Zweckverbände für die Provinzen und für Groß-Berlin. Dann ein neuer Gesetzentwurf über Vereinfachung der Rechnungsprüfung in der Oberrechnungskammer in Potsdam. In der Rede enthalten dürften ferner die Gesetze über die Verpflichtung zum Besuch der ländlichen Fortbildungsschulen in den Provinzen Brandenburg, Pommern, Westfalen, Sachsen, Rheinprovinz und Hessen-Nassau. Ein gleicher Entwurf für die Provinz Schleswig-Holstein wird in Aussicht gestellt. Ein Entwurf über die Fortbildungsschulpflicht gewerblicher Arbeiter wird auch erwähnt und ebenso die Einbringung einer Novelle zur rheinischen Landgemeindeordnung. Ein Passus über die Ausgestaltung der inneren Kolonisation, wodurch die Ansiedlung von Arbeitern und die Befestigung des bauerlichen Besitzes gefordert wird, soll gleichfalls in der Thronrede enthalten sein. Die fortschreitende Kultivierung von Moor- und Odländereien, deren Wichtigkeit anerkannt wird, werde hervorgehoben und endlich soll ein Hinweis auf die Ausgestaltung der Pflege der schulentlassenen Jugend, die eine körperliche und moralische Kräftigung erstrebe, mit dem Hinweis, daß dafür erhebliche Mittel bereitgestellt sind, in der Thronrede enthalten sein.

"Erstklassige" Wähler.

In Markissa in Niederschlesien verließ die bereits zum dritten Male angesehene Stadtverordnetenwahl der ersten Abteilung von neuem ergebnislos, weil kein einziger Wähler erschien war. Darauf ist zum 14. Januar zum vierten Male Wahltermin für die pflichtstiftenden "Erstklassigen" anberaumt.

Protest der Opferwilligen.

In Köln erklärte eine Versammlung von rheinischen Landwirten, Grund- und Hausbesitzern, Mietern und Angehörigen des Baugewerbes, die Wertzuwachssteuervorlage bedeute "eine unerträgliche Belastung" des Grund- und Hausbesitzes. Die Steuerfülle müßten wesentlich herabgesetzt werden; die Länge der Besitzdauer sei bei der Steuermessung schärfer zu berücksichtigen.

Der Wahlkreis des Wahrheitsmannes.

Nach der "Kreuz-Ztg." ist es unrichtig, daß von den Konservativen in Friedberg-Arnsmalde dem Wahrheits-Bruhn der Nachleben-Schuckmann als Kandidat entgegengestellt werde. — Ob die Konservativen am Ende gar die Absicht haben, zu versuchen, dem Reichstag die Wahrheits-Zeitung zu erhalten, wird nicht mitgeteilt.

Gegen die Schiffahrtsabgaben.

Am 13. Januar findet in Karlsruhe eine Vollversammlung des badischen Handelsstages statt, auf der zum Schiffahrtsabgaben-Gesetzentwurf Stellung genommen werden soll. Die Handelskammern von Mannheim und Konstanz haben die Referate übernommen.

Die Reichswertzuwachssteuer.

Nach einer Meldung der "Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" besteht die Absicht, etwa am 16. Januar im Reichstag mit der zweiten Lesung des Zuwachssteuergesetzes zu beginnen. Durch das Gesetz würde die unentbehrliche Grundlage für die weitere Staatsberatung geschaffen, da der Zuwachssteuervertrag einen entscheidenden Bestandteil der Einnahmen bilden, die bei Hinzutritt der Heeresstärkung und einer verbesserten Veteranenversorgung zur Erzielung des Haftgleichgewichts erforderlich seien. Die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erwartet mit aller Bestimmtheit, der Reichstag werde dem Zuwachssteuergesetz den Charakter einer endgültigen Entlastung geben. Die Tragweite dieser Entlastung sei so groß, daß sie durch den Widerstand vereinzelter Gruppen und örtlicher Interessen nicht mehr beeinträchtigt werden könnte.

Ein Bundesstaat ohne Schulden.

Das Fürstentum Neubä. ist seit langen Jahren nicht völlig schuldenfrei, sondern verfügt auch über ein Vermögen, das nach der soeben veröffentlichten Abrechnung für 1909 ungefähr 3½ Millionen Mark beträgt, darunter 2½ Millionen in baren Kapitalien. Die Mehreinnahme der Finanzverwaltung im Jahre 1909 betrug 189 000 Mk., der Überzug dieses Jahres 117 000 Mk., um die sich also das Staatsvermögen vermehrt hat.

Wenn Staaten übermäßig viele Schulden machen, zumal für kulturmäßige Anwendungen und solche Zwecke, die nichts einbringen, so ist das gewiß ein ungünstiger Zustand. Aber die Schuldenfreiheit oder das Ankommen der Vermögen des Staates ist nicht immer ein Beweis von großer Weisheit, nämlich dann nicht, wenn man aus Sparmaßnahmen die notwendigen Ressourcen abzieht.

Sächsische Fleischnot.

Nach einer Mitteilung der "Allgemeinen Fleischer-Zeitung" ist im Bundesrat noch keine Entscheidung über den tatsächlichen Antrag wegen Einschränkung ausländischen Fleisches getroffen worden, die Nachricht, der tatsächlichen Regierung sei vom Reichsamt des Innern "empfohlen" worden, ihren Antrag auf Erlassung zur Einschränkung ausländischen Fleisches anzunehmen, sei falsch; die Bundesratsentscheidung sei erst in einigen Tagen zu erwarten.

Die bayerische Zentrumspartei.

Gegen Sozialdemokratie und Linksliberalen kommt die Partei, die der bayerische Zentrumspartei ausgegeben hat. Rechtsliberalen, Konservativen und Bünder sollen unterstellt werden, wenn sie Gegnerinheiten bieten. Die Oppositio-

nheit soll glauben, auf dem Parteitag habe in den Anschauungen größte Übereinstimmung geherrscht. Es hat aber, wie zu erwarten war, in den Delegiertenversammlungen hinter verschlossenen Türen etlichen Krach gegeben. Natürlich wegen der christlichen Arbeiter. Der wohlfristigste Bericht der parteiamtlichen Zentrumsparlamentskorrespondenz — die allein über die Verhandlungen berichten darf — enthält freilich kein Wort darüber. Über schon die Art der Behandlung der eingelaufenen Anträge ließ deutlich erkennen, was los war. Die Resolution, die sich gegen die Sozialdemokratie, gegen das Eisenbahnerstreikrecht, gegen die Aufnahme von Sozialdemokraten in den Staatsdienst richten, wurden nach der Behauptung des Berichts einstimmig angenommen, ebenso eine Resolution, zugunsten des konfessionellen Charakters der Volksschulen, der geistlichen Schulaufsicht und der Klosterschulen. Dagegen wurden die Anträge des Arbeiters Wahleins der Zentrumspartei in München der Landtagsfraktion nur „zur Erwägung“ überwiesen. Diese Anträge fordern Bereitstellung von Mitteln zur Hebung der Lage der Arbeiter im allgemeinen und des unteren Personals in Staatsbetrieben im besonderen im Sinne fröhlicher Landtagsbeschlüsse; Bereitstellung von ausreichenden Staatsmitteln für gemeinschaftliche Wohnungsbaute; Vorlage eines Gemeindebeamtengegesetzes. Die christlichen Arbeitervertreter wurden in einer öffentlichen Versammlung, die sich dem Parteitag anschloß, durch den Landtagsabgeordneten Freiherrn v. Malson, der verabschiedet. Malson meinte, ein Abgeordneter, der Anträge nur beschafft, um damit drohen Agitation treiben zu können, mißbrauche sein Mandat in bubenhafter Weise. Dies Urteil war zwar sorgfältig in eine Polemik gegen Zentrumsgegner eingewickelt; gegen wen es aber gerichtet war, wird klar, wenn man sich erinnert, daß ein christlicher Arbeitervertreter, der Landtagsabgeordnete Schwatz von Schenckendorff, vor einiger Zeit vor Gericht und unter Eid das Bekennnis abgelegt hat, die sozialpolitischen Anträge des bayrischen Zentrums seien nur programmatisch aufzufassen, aber nicht zur wirklichen sofortigen Durchführung bestimmt.

Die liberale Presse verkündet, daß der Zentrumsparteitag für eine Reihe von Wahlkreisen christliche Arbeiterführer als Kandidaten aufgestellt habe. Die Zentrumspresse demonstriert es entschieden; der Parteitag habe lediglich folgenden Beschluß gefasst: "Der Parteitag bleibt auf dem Standpunkte stehen, daß die Wahlkreise selbstständig ihre Kandidaten aufstellen. Es wird aber nochmals empfohlen, bei der Aufstellung der Kandidaturen auf die Wünsche der Arbeiter und auch der übrigen Erwerbsstände Rücksicht zu nehmen." Die Aussichten der christlichen Arbeitervertreter verbessern sich durch diesen Beschluß nicht. In einem der Wahlkreise, die sie für sich reklamiert hatten, in Ingolstadt, ist ihnen schon vor 8 Tagen die Tür vor der Nase zugeschlagen worden und so wird es wohl auch noch in anderen Wahlkreisen gehen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten

Montag, den 9. Januar.

Die Sperrre verhängt wurde wegen Rohstoffdifferenzen über die Lübecker Granitindustrie in Firma Emil Plettner (früher Löbed und Bassarge.) Zugang von Steinmehlen und Schleifsteinen ist streng fernzuhalten.

Ein braver, eisriger Parteigenosse, der Schmied Carl Kluge, ist in der Nacht zum Sonnabend aus der Reihe der Lebenden geschieden. Der nach kurzem Leiden Verstorbe, der nur ein Alter von 43 Jahren erreicht hat, nahm stets an allen Parteiarbeiten teil und war immer bemüht, unserer Bewegung neue Anhänger zuzuführen. Er bekleidete auch zuletzt das Ehrenamt eines Kreisvertretenden Disziplinführers. Auch in seiner gewerkschaftlichen Organisation, dem Zentralverband der Schmiede, war er ein sehr geschätztes, tüchtiges Mitglied. Ihm kein Andenken! Wir erfüllen die Parteigenossen, sich recht zahlreich an der Beerdigung zu beteiligen. Treppenstieg Dienstag mittags 2 Uhr bei der Gastwirtschaft von Lecke, Schwartauer Allee.

Der Kuhhandel, welcher wegen der Annahme der Gewerbeabfuhrvorlage mit den verschiedensten Bürgerchaftsmitgliedern in den letzten Tagen getrieben wurde, scheint gestern, nach uns gewordenen Informationen, perfekt geworden zu sein. Es hat sich danach wirklich eine genügende Anzahl Erstklassiger gefunden, die bereit sind, eine Sonderbelastung der erwerbstätigen Bevölkerung zu beschließen. Natürlich werden die Deutschen, bei der Begründung ihrer Haltung, so weit sie eine solche überhaupt geben, den Begriff Gerechtigkeit wieder einmal schwer mehren. Manche Bürgerchaftsmitglieder werden für die Barenhäusersteuer und die ungewöhnliche Besteuerung des Konsumvereins stimmen, weil sie hoffen, auf diese Art eine unbedeutende Konkurrenz bestehen oder doch wenigstens schädigen zu können. Dass die Arbeiterschaft darunter zu leiden hat, ist den Herren höchst gleichgültig. Wenn sie nur Vorteile davon haben; darauf kommt es ihnen alleine an. Es ist übrigens bemerkenswert, wie wir schon Sonnabend festgestellt, daß das freimaurige "Lübecker Tageblatt" jetzt plötzlich heiter und flämisch für die Gewerbesteuern ist, während es sich vor gar nicht langer Zeit als Gegner einer solchen Sonderbelastung gebärdete. Ihr Erfolg läuft leider zu machen versucht sich das freimaurige Organ, wenn es über ein anderes hiesiges liberale Blatt setzt, weil dasselbe einen Artikel gegen die Gewerbesteuern brachte. Die gepreisten Salbaderen, welche das "Tageblatt" jetzt für das Kompromiß als Gründe ins Feld führt und mit denen es die Gegner der Steuer bestreitet, nehmen sich gerade so sammervoll aus, wie die ganze Haltung des Blätchens gegenüber der Steuervorlage zugeht.

Dem Freihause entsprungen war heute morgen einer der bedauenswerten Kranken, die dort interniert sind. Nur mit einem Hemd bekleidet wollte er in der Hüttertor-Allee mit einem Straßenbahnenwagen fahren. Der Führer des Bagens nahm in anfänglich nicht mit, sondern sorgte dafür, daß der arme polizeilichen Schutzgenoss. Nachdem man ihn in warme Decken gehüllt hatte, wurde er der Auffahrt wieder zugeführt.

Schadenergänzungsschäden aus den Margarinekrankungen durch Margarine. Wenn auch die Untersuchungen über das Wesen des Krankheitserregers bei den Margarinemärkten "Wacko", "Villa" und "Richard Mohr" noch nicht zum Abschluß gelangt sind, so wird doch von vielen Seiten die Schadenergänzungsschäden in Anregung gebracht. Dass die Firma Mohr u. Co., Altona-Ditzenbüttel, in all jenen Fällen, wo durch den Gebrauch ihrer Margarineprodukte Erkrankungen und Vergiftungen stattgefunden haben, schadenergänzungsschäden ist, wird allgemein als selbstverständlich erachtet. Es werde sich in den einzelnen Fällen nur darum handeln, den Umfang des zu leistenden Schadenergänzungsschadens festzustellen. Von juristischer Seite wird hierzu geschrieben: Die Frage, ob diejenigen Personen, welche durch den Genuss von Margarine erkrankt sind, das Recht haben, Schadenergänzung von der Firma Mohr u. Co. zu verlangen, kann meines Erachtens nur befahrt werden. Bei Personen, die ihre Margarine direkt von der Firma bezogen haben, ergibt sich die Haftung schon ohne weiteres aus der Vertragsnatur, da bei dem Kauf der Verkäufer nicht nur für sich, sondern auch bezüglich seiner Angestellten für die Sorgfalt ohne irgend welche Vereinbarung zu sorgen hat. Zur sorgfältigen Herstellung gehört selbstverständlich auch die Prüfung einer Ware auf die etwaige Gefundensgefährlichkeit. Selbst dadurch, daß die Firma nachweist, daß sie genügend und genügend vorgebildete Personen mit der Beobachtung betraut hat, kann ihre Haftung nicht ausgeschlossen werden. Da der Betrieb der Margarine in der Weise erfolgte, daß sie von der Firma direkt an Interessenten verendet worden ist, so kommen lediglich diese vertraglichen Bestimmungen in Betracht. Die sonstigen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über unerlaubte Handlungen kommen nicht in Anwendung, da die vertragliche Verpflichtung zur Haftung weiter geht.

Für die Ermittlung des Absenders unbefriedbare Briefe besteht bei jeder Ober-Postdirektion ein besonderer Ausschuss. Für dessen Tätigkeit sind neue, zum Teil abgeänderte Vorchriften erlassen worden. Der Beamte, der den Brief öffnet, legt Name, Wohnort und Wohnung des Absenders mit roter Tinte auf die Rückseite des Briefes. Nam der Beamte diese Angaben im Briefe nicht entziffern, so hat er den anderen Beamten darauf aufmerksam zu machen. Wenn auch dieser die Schriftzüge nicht lesen kann, so wird Unterschrift, Ortsname und Wohnungsangabe aus dem Brief herausgeschnitten und auf der Rückseite aufgeklebt. Ist der Brief mit einer inneren Adresse versehen, so wird diese mit der äußeren Adresse verglichen. Stellen sich dabei Verschiedenheiten heraus, so werden diese auf der Rückseite des Umschlages vermerkt. Sind in dem Briefe Einslagen mit der Unterschrift des Absenders enthalten, so werden auch diese zur Ermittlung des Absenders benutzt. Ist die Adresse in Schriftzeichen angegeben, die den Beamten fremd sind, so ist zu ihrer Überzeugung ein Sachverständiger hinzuzuziehen, dem die Briefe unter Beobachtung gehöriger Postamt im Dienstzimmer vorgelegt werden. Dem Sachverständigen darf nur Unterschrift und Wohnungsangabe, sowie eine etwaige innere Adresse gezeigt werden. Eine Verzögerung in der Rücksendung der Briefe aus diesem Grunde soll möglichst vermieden werden. Der Sachverständige wird von der Ober-Postdirektion bestimmt.

Lübecker Straßenbahn. Betriebsergebnisse für den Monat Dezember 1910. Befördert sind: 1910: 575 264 Personen, 1909: 556 098 Personen, mehr 19 171 Personen. Gingenommen sind: 1910: 55 878,36 Mk., 1909: 53 731,66 Mk., mehr 1 846,70 Mk. Betriebsergebnisse für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1910. Befördert sind: 1910: 5 151 970 Personen, 1909: 4 891 761 Personen, mehr 260 209 Personen. Gingenommen sind: 1910: 497 934,02 Mk., 1909: 472 833,81 Mk., mehr 25 100,71 Mk.

Gewerbe-Anmeldungen für die Monate Oktober, November, Dezember 1910. Antiquitätenhändler 2, Architekten 1, Bäcker 1, Barbier und Friseure 3, Bauunternehmer 1, Blumenhändler 1, Böttcher 1, Brothändler 4, Buchdruckereibesitzer 1, Dachdecker 2, Drogenhändler 2, Eiswarenhändler 1, Feuerversicherungs-Generalagenten 3, Friseurinnen 1, Fruchtfabrikanten 1, Gemüsehändler 1, Fahrläufe 3, Gartner 2, Gattwirte 6, Gipsfigurenverfertiger und -händler 1, Händler 10, Handarbeiterinnen 4, Handlungsbüroagenten und Kommissionäre 12, Hause, Hypotheken- und Gütermakler 4, Heilundige 2, Höfer und Fleischhändler 19, Kaufläute 11, Kinematographenbesitzer 1, Klempner u. Installateure 3, Klempnereinhaberinnen 1, Kolonialwarenhändler 3, Kolportagebuchhändler 1, Konditoren 1, Krankenpfleger 1, Kupferwarenhändler 1, Kurz-, Weiß- und Wollwarenhändler 1, Manufakturwarenhändler 1, Marmor- und Granitfertiger 1, Mechaniker 1, Metallknopffabrikanten 1, Milch- und Butterhändler 5, Musikinstrumentenhändler 1, Nähmaschinen- und Fahrtradhändler 2, Papierwarenhändler 3, Photographen 2, Puzzinacherinnen 2, Schänkwirte 14, Schankwirtinnen 1, Schiebzubudenbesitzer 1, Schiffsingeniere 1, Schlachter 4, Schlosser 1, Schneider 1, Schneidertinnen 3, Schuhmacher 1, Speisewirte 1, Spirituosenhändler 1, Tabak- und Zigarrenhändler 3, Tapissiere 1, Tapisserie- und Stickgärtner 1, Tischler 5, Tischlereihabertinnen 1, Trödler und Händler 6, Uhrmacher 3, Viehhändler 1, Viehspediteure 1, Wäschereien und Blättereien 1, Waschneideakademien 1, zusammen 183.

Die Sternschnuppen im Januar. Der Astronom Henry gibt in einer Zeitschrift an die "Nature" eine Zusammenstellung sämtlicher Sternschnuppenfälle, die im Laufe des Januar zu erwarten sind. Nachdem am 3. und 4. Januar kleinere Sternschnuppen zu sehen waren, erschien ein ansehnlicher von fast lechster Größe am 6. Januar. Am selben Tage trat ein weiterer Sternsarm von fünfzehnter Ordnung hinzu. Andere Fälle vom 11. und 12. Januar weisen nur eine Größe von siebzehnter und achtzehnter Klasse auf. Die höchste Größenklasse, die in diesem Jahre überhaupt vertreten ist, wird am Abend des 18. Januar um 7½ Uhr von einem Sternarm fünfter Ordnung dargestellt. Endlich folgt noch eine Gruppe am 21. und 22. Januar, die im ganzen zur zwölften Klasse gerechnet wird.

Nationale Schweinepest. Unter dem Schweinebestande des Domänenpächters Dahl in Rigerau ist die Schweinepest amüslich festgestellt worden.

Vereinigte Stadttheater. Das Stadttheater wurde im Dezember 1910 an 31 Abenden von 16 892 Personen besucht, also durchschnittlich von 563 gegen 524 im Dezember 1909. Der größte Besuch war am 30. Dezember mit 962 Personen ("Cavalleria rusticana" und "Bajazzo"), der kleinste Besuch am 14. Dezember mit 247 Personen ("Lumpacivagabundus"); an 9 Nachmittagsvorstellungen von 8247 Personen, also durchschnittlich von 916 gegen 871 Personen in 6 Vorstellungen im Dezember 1910 an 8 Abenden von 1688 Personen besucht, durchschnittlich also von 211 gegen 245 in 6 Vorstellungen im Dezember 1909.

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: Am Dienstag erscheint Verdis große Oper "Aida" nochmals auf dem Spielplan. — Am Mittwoch 10. findet bei ermäßigtem Preise eine Wiederholung des "Bunte Abend" statt, welcher so großen Anklang gefunden hatte. Es werden hierzu wieder Gelangs-Vorträge der ersten Opern-Mitglieder und Rezitationen (überbreit'l. Vorträge) der Schauspieler-Mitglieder zu Gehör gebracht, ferner kommen Ballett-Einlagen und die beiden lustigen Stücke "Othello" (Erfolg von Lüttner) und "Der Planierlehrer" von Schönhan zur Aufführung.

Brabekläude. Die Privatwäsche gesperrt. Infolge von Bagatellern im Brabekläude ist die Privatwäsche vom Montag, den 9. Januar ds. J. ab vor-

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 7.

Montag, den 9. Januar 1911.

18. Jahrg.

Der Chicagener Riesenstreik und Milwaukee.

Aus Newyork wird uns geschrieben:

Den amerikanischen Gewerkschaften wird zurzeit der Unterschied zwischen einem kapitalistischen Regime und der Herrschaft der Sozialdemokratie mit so großartiger Unschauung unterrichtet, wie das bei der konträren "Dickschädeligkeit" mancher amerikanischer Gewerkschaftsleiter nur wünschenswert und erforderlich ist. Dieser Unschauungsunterricht wird den Arbeitern der Vereinigten Staaten mit den Erfahrungen zweier Streikbewegungen erteilt, deren eine in Milwaukee spielt, wo seit einer Reihe von Monaten die Sozialdemokratie das Szepter führt, während in dem anderen Falle das kapitalistisch verwaltete oder missverwaltete Chicago der Kriegschauplatz ist.

Schon seit drei Monaten feiern in Chicago 41 000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Kleiderfabriken. Wie vergangenes Jahr in Newyork handelt es sich jetzt auch in der zweitgrößten Stadt des Landes um die spontane Rebellion einer bis zur Unerträglichkeit geplagten und geschundenen Masse, auf deren Kosten die großen und die kleinen Kapitalisten des Bekleidungsgewerbes einen Kampf auf Leben oder Tod führten. Die großen Fabrikanten haben die kleinen selbständigen Schneidermeister Chicagos längst vollständig an die Wand gedrückt und sie in Zwischenunternehmer verwandelt oder aber ins Proletariat geschleudert. In der "Chicago Wholesale Clothiers Association" taten sich die Großfabrikanten dieser Industrie zusammen, mit nur einer einzigen Ausnahme, und zwar war es just die dieser Firmen, die außerhalb der Organisation blieb, nämlich die "Hart, Schaffner u. Marx Comp.". Diese Firma, die heute vielleicht die größte der Branche im ganzen Lande ist und in fast jeder Stadt und jeder Ortschaft der Vereinigten Staaten ihre Kleider verkauft, wollte mit der Association absolut nichts zu tun haben, sondern ließ es auf einen wahren Vernichtungskampf ankommen, bei dem zuerst die kleinen selbständigen Meister an der Reihe waren, vernichtet zu werden. Überall in der Stadt errichtete die Association ihre Werkstätten, und die "Kleinen" waren bald gezwungen, entweder in diesen Werkstätten selber die Nadel zu schwingen oder als Zwischenunternehmer oder "Kontraktoren" in den Dienst der organisierten Fabrikanten zu treten. Die "Hart, Schaffner u. Marx Comp." blieb hinter der assoziierten Konkurrenz nicht zurück und überholte sie bald so entschieden, dass die Assoziationsfirmen sich des mächtigen "Outsiders" nur noch dadurch erwehren konnten, dass sie den Kontraktoren höhere Preise zapften. Aber nicht lange sollten die Kontraktoren den Vorteil des lachenden Dritten genießen. Die "Hart, Schaffner u. Marx Comp.", die ihre "Shops" schon über das ganze Land ausgeweitet hatte, eröffnete mit einem Schlag 48 neue Werkstätten in Chicago, in die sie 8000 Schneider und Schneiderinnen plazierte. Damit nahm die mit vielen Millionen Dollars arbeitende Firma der Association und ihren Kontraktoren den größeren Teil ihrer Arbeit, und nun begann die Leidenszeit für die Kontraktoren und erst recht für die - Arbeiter. Mit kapitalistischen Mitteln hatten die assoziierten Fabriken keinen Kampf mehr auszufohlen, folglich hielten sie sich an den Zwischenunternehmern schadlos, die sich ihrerseits wieder dadurch hassen, dass sie ihre Arbeiter und Arbeiterinnen immer armeloser entlohten und immer schamloser abrackerten. Die "Hart, Schaffner und Marx Comp.", die

sich nun auf der Höhe ihrer Macht befand, fand natürlich, dass sie sich auch nach dieser Richtung von der Konkurrenz nichts "bieten zu lassen brauchte". Ein raffiniertes System der Lohnverkürzungen, der "Straf"-Gelder und der Antreiberei wurde ausgeheckt. Die Arbeiter oder Arbeiterinnen, die am frivolsten darauflos schufteten, wurden mit Antreiberposten belohnt und bekamen regelmäßige Bargeldprämien, wenn sie am Ende einer Woche eine Steigerung der Gesamt-Produktivität des "Shops" nachweisen konnten, ohne dass der Gesamtbetrag der Löhne eine Erhöhung erfahren hätte. Und um solche Prämie zu ergattern, griffen die Vorarbeiter und Vorarbeiterinnen zu immer rücksichtsloseren und gemeineren Methoden. Die skinken Mädchen wurden auf Stückarbeit geetzt, und dann wurde die Quantität der gesteigerten Arbeit von Woche zu Woche gesteigert, bis die äußerste Grenze der physischen Arbeitsmöglichkeit erreicht war. Der so geschaffene "Standard" der Arbeitsleistung wurde dann zwar festgehalten, der Lohnzettel aber schrittweise reduziert. Dieses System wurde schließlich allgemein und mit geradezu grausamer Rücksichtslosigkeit durchgeführt. Die Arbeiter und Arbeiterinnen gingen mit Wochenlöhnen von 3 bis 6 Dollars nach Hause, und wenn das nicht genug war, der durfte entweder noch bis tief in die Nacht Heimarbeit verrichten, oder aber, er konnte gehen, um auf die schwarz Liste gesetzt zu werden und in keiner Werkstatt der Company jemals noch Arbeit zu finden. Mit den hundehunderten Löhnen nicht genug, erpreßte die Firma bei den geringfügigsten Arbeitsmängeln oder Beschädigungen des Produkts noch Strafgelder in Höhe von 5 bis 15 Dollars. Währing der "toten Saison" mussten die Arbeiter und Arbeiterinnen aber in den dünnsten Werkstätten hocken, oft wochen- und monatlang, ohne Arbeit und ohne einen Penny Verdienst, und wer sich dieser ungeheuerlichen Vorrichtung nicht fügen wollte, musste für alle Zeiten auf Arbeit bei Hart, Schaffner u. Marx verzichten.

Die tiefe Unzufriedenheit und Erbitterung, die ein solches System der Bedrückung und Ausraubung im Gefolge haben musste, bedurfte natürlich nur eines geringen Anlasses, um zu einer elementaren Massenrebellion der viertausendköpfigen Arbeiterschaft zu führen, und dieser Anlass konnte nicht ausbleiben. Ein "Boß" der "Hart, Schaffner u. Marx Comp.", der nur 16 Arbeiterinnen beschäftigte, wünschte ein besonders frinkles Mädchen zur Vorarbeiterin zu befördern, kam aber an die Unrechte. Die also Becherte hatte gegen die Beförderung an sich nichts einzuwenden, fand aber durchaus keinen Geschmack daran, sich als Werkzeug eines infamen Ausbeutungssystems gegen ihre bisherigen Leidensgenossinnen verwenden zu lassen. Weder wollte sie die Löhne ihrer Kolleginnen beschneiden, noch ihre Plackerei verschärfen, erst recht weigerte sie sich, ihnen Arbeit nach Hause mitzugeben, und als der edle Boß auf seine Absichten bestand, warf die wackere Arbeiterin ihm kurzen Schloss "die Brocken vor die Füße". Ein paar Tage danach erschien die 17jährige Klara Massalotti vor demselben Boß, um ihm ihre und ihrer Kolleginnen Forderungen zu unterbreiten. Als der gute Mann sie hohnlachend an ihre Maschine zurückzugehen befahl, ließ das junge Mädchen, ehe der Boß es verhindern konnte, ein Signalpeitschen erhaschen und augenblicklich ruhten alle Hände in der Werkstatt, und kurz darauf streikten 41 000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Von Anfang an wüteten die Polizisten und die als "Spezialpolizisten" verdienten Strolche mit Knüppeln und Revolvern gegen die wehrlosen Mädchen, die das Hauptkontingent der Streikler bildeten. Einer der Arbeiter wurde von den "Kojaken" totgeschlagen, ein anderer liegt im Sterben. Inzwischen

streiken auch die Schneider und Schneiderinnen Milwaukees. Dort verläuft der Streik im tiefsten Frieden, nachdem der sozialistische Bürgermeister der Polizei einmal die Leviten gelesen hat. Die besitzenden Bürger Milwaukees sind zwar nicht wenig wütend, denn sie fangen jetzt an zu lernen, was eine sozialdemokratische Verwaltung bedeutet.

Moabit vor dem Schwurgericht.

Am 9. d. M. beginnt beim Schwurgericht des Landgerichts I Berlin der Prozess gegen Trau und 17 Ge- nossen. Der Angeklagte Medem hat sich im Untersuchungsgespräch das Leben genommen; er war offensichtlich geisteskrank.

Den Angeklagten wird zur Last gelegt, bei den Moabit-Urruhen Gewalttätigkeiten begangen zu haben. Die Gewalttätigkeiten sollen sich teils gegen die Arbeitswilligen, teils gegen die Beamten gerichtet haben. Es ist deshalb Anklage erhoben teils wegen qualifizierten Aufruhs, teils wegen qualifizierten Landfriedensbruchs. Zumeist sollen die Gewalttätigkeiten darin bestanden haben, dass gegen die Arbeitswilligen oder die Beamten Kohlenstücke oder Steine geworfen sind. Auch soll von einzelnen Angeklagten geschossen worden sein.

Alle diese Vorfälle stellen sich im wesentlichen als recht harmlos dar. Zum erheblichen Teil dürfte die Anklage schon darin scheitern, dass es sich schlimmstens um Taten Einzelner handelt, nicht um Taten, die aus einer zusammengerootteten Menschenmenge heraus verübt worden sind. Damit fehlt das wesentlichste Moment des Aufruhs bzw. Landfriedensbruchs. — Die Angeklagten sind recht harmlose Leute, die weder der politischen noch der gewerkschaftlichen Organisation angehören. Ein Angeklagter ist unter 18 Jahren, einer hätte das 18. Lebensjahr bei Verübung der Tat um einen Tag überschritten. Es sind Ausländer darunter, die nicht einmal eine Vorstellung davon haben, was eine Organisation überhaupt bedeutet.

Infolge dieser Umstände wird der Prozess, obwohl er nach dem Gesetz vor das Schwurgericht kommen muss, einen harmloseren Charakter tragen, als der vor der Strafkammer, bei der formell leichtere Fälle zur Aburteilung standen. In Wahrheit liegt die vor dem Schwurgericht anstehende Sache leichter.

Die Angeklagten verteidigen sich damit, dass sie zum Teil bestreiten, geworfen zu haben; zum Teil geben sie dies zu, bestreiten aber, in einer Menge gewesen zu sein. Infsofern sie das Versehen zugeben, erklären sie und beweisen dies, dass sie durch Misshandlungen die Beamten gegen das Publikum und gegen sie selbst verübt haben, gereizt worden sind. Ebenso hätten die Arbeitswilligen durch auf das Publikum abgesetzte Schüsse, zu denen sie in keiner Weise gereizt waren, durch hämische Redensarten, die sie unter dem Schutz der Polizei gegen die Streikenden gerichtet hätten, diese provoziert. Für all dies treten die Angeklagten einen umfassenden Beweis an.

Es wird sich hier im wesentlichen dieselbe Beweisaufnahme abspielen, wie vor der Strafkammer, und die groben Amtsausschreitungen deren sich die Polizeibeamten schuldig gemacht haben, werden auch vor dem Schwurgericht zur Sprache kommen. Zu den vor der Strafkammer erörterten Fällen werden noch eine Reihe neuer hinzutreten, die den Geschworenen ein klares Bild davon geben werden, dass Arbeitswillige und Polizei es gewesen sind, durch deren angelegtes Verhalten die harmlosen Anfänge sich

Burg Plümmeran.

Eine mecklenburgische Ritter- und Dorfgeschichte.

(84. Fortsetzung.)

"Nun," erwiderte Herr Sarraz, "es sollen die Kinder Gottes sich zu einem Bunde werktätiger Heiligkeit vereinigen, einem Bunde, welcher den in der Menge tobenden und gärenden Giften heilsam entgegenarbeitet. Fleisch und Blut soll die Lehre vom Kreuze werden, und niederkämpfen soll sie die bestialischen Gelüste ungläubiger Demokraten. Dem Volk soll der fromme Glaube wiedergegeben werden. Christliche Jungfrauen und Junglingshäuser müssen entstehen. Die Volkschule muss wieder gebracht werden unter die alteingesetzte Buße der Kirche; sie muss wieder Gebet und Glauben lehren, und ausmerzen die Räude eitelster Weltmeiheit aus ihrer Lehre. Die Monarchie muss mit allen Mitteln gestärkt und gestärkt werden in ihrem Kampfe gegen die rebellischen Untertanen. Denn mit den Reichen dieser Welt und ihren Gesalbten steht und fällt auch das Reich Christi und seiner heiligen Gefalbten. Die Krankenpflege und die Leitung der öffentlichen Spitäler muss in die Hände gläubiger Christen übergehen, und ein Zentralpunkt aller dieser und ähnlicher Bestrebungen soll eben der Verein jener Männer sein, die mich unmissverständlich ausschließen, und die durch mich und andere Abgesandte jedoch darüber Nachrichten einzuladen lassen, was den einzelnen Distrikten unseres Vaterlandes besonders nötigt. — Wie steht es hier denn mit der Glaubigkeit des großen Haufens, mein lieber Bruder? Ist das liebliche Evangelium auch ihm ein Werkzeug geworden, oder echt man noch dasselbe und die, welche es predigen? — Reich mir ein Glas von diesem Getränk, lieber Bruder, tu jedoch mehr Geist und weniger Süße hinein."

Pastor Kitt kam dem Wunsche seines Gastes nach und mischte ein Glas. Dann wollte er sein Kleid über den Müller, den Schmied und die Metzgerküche und die "Fasch-Gier" beginnen, als ein alter Bauer ihm gemeldet wurde und gleich darauf selber eintraf. Er hatte über ein Amtsgeschäft zu reden, und wollte, nachdem er dies getan, wieder gehen; aber der Pastor hielt ihn sich niedergezogen und fragte ihn nach diesem und jenem, zuletzt auch nach seinem Sohn, dem Schmiedegesellen.

"Das ist ein ganzer Kerl," erwiderte der Alte, "er arbeitet jetzt in Berlin bei Borsig. Auf den Balkonen hat er auch mit gestanden, wie er mir schreibt, und hat die preußischen Grenadiere wissen lassen, dass es man so schmerte. Ja, wo der hinklopft, da wächst kein Gras mehr, Herr Pastor, und der muss eine gute Schwarze auf dem Leibe haben, dem er sie nicht sofort mit der Faust durchschlägt."

"Und solchen Hadergeist finden sie tödlich, mein lieber Sauerfleisch?" fragte mit strengem Gesicht Mine der Pastor. "Wissen Sie nicht, dass geschrieben steht: 'Wehe dem, durch den ein Ärgernis kommt? Wie heißt das erste Gebot der zweiten Tafel? Nicht den Hadernden, sondern den Friedfertigen ist das Reich Gottes verheißen, und Ihr Sohn hat eine Tochter auf sich geladen, indem er das Schwert zog, obendrein, da dies wieder seine von Gott ihm gesetzte Obrigkeit geschah. Was soll im Gegenteil der Christ tun? Steht nicht geschrieben, so Ihr jemand einen Streich gibt auf den rechten Backen, so biete ihm den andern auch dar?'"

"Das ist wohl wahr!" meinte der Alte, "aber die Grenadiere haben ja zuerst aufs wehrlose Volk geschossen."

"Ihr Sohn war schon immer ein Streit- und Kaufbold," sagte der Pastor, "und ein Verächter von Gottes Wort. Mein lieber Sauerfleisch, wo der Herr nicht das Haus baut, da ist kein Segen und Friede, sondern eitel Hoffnung, Fleischeslust und Hadergeist. Von Saul ward das Königreich genommen und dem frommen Knaben Jesai's gegeben. — Seid friedfertig und demütig."

"Sagen Sie einmal, Herr Pastor, erwiderte der Bauer und deutete mit dem Finger auf eine starke Hiebnarbe in dem Gesicht Kitts, die dieser aus seinen Studienjahren in sein Amt mit hinsübergebracht hatte, 'sagen Sie einmal, wie haben Sie es denn damals gehalten, als Sie das Ding da trug?'

"Die Narbe? Die fiel ich mir als Kind in einer Glasscherbe," erwiderte der Pastor.

"Das muss ein böser Fall gewesen sein," meinte der Bauer, "war's eine Scherbe von einem Bierglas, oder eine von einem Schnapsglase, oder war es eine von einem Fensterglas, oder wohl gar von einem Lügenglas? — Gute Nacht, Herr Pastor. Gott behüte uns alle vor einem so bösen Falle, wie Sie da getan haben."

"Da steht Du's, lieber Bruder, welch ein böser Geist des Haders und der Selbstwohlgefälligkeit in dem Volke steht haust," sagte Kitt und wandte die glatte Seite des Gesichts dem Gastfreunde zu. "Alle Bucht und Ordnung ist erkorben," erwiderte dieser.

"Aller Glaube ist tot und Satanas triumphiert!" seufzte Kitt.

"Der Glaube muss wieder erwacht werden," meinte Sarraz.

"Aber wie?"

"Wie? Durch Bündnis der Tyrannen und durch menschliche Weisheit. Wie macht es einst der Herr? Wo seine Lehre und Predigt es nicht gesegnet haben, da erwachte er den Glauben durch Zeichen und Wunder."

"Wer vermöchte aber jetzt Zeichen und Wunder zu tun?"

"Wer? Ein jeder, der nur ernstlich will. Aber mit Lügen der Hände in den Sack ward Jerusalem nicht erbaut und Rom nicht erbaut."

"Wie soll ich das verstehen?"

"Bruder," sagte Herr Sarraz, "wenn Dein Ochs oder Dein Esel in Deinen Brunnen am Sabbatmorgen fiele, so möge Du ihn herausheben; Du sollst den Feiertag heiligen. Wenn nun aber gar das ganze Reich Gottes in Deinen Brunnen hineinfiele, wie dann? Du würdest erst recht herbeispringen, und es herauszuziehen, und müsstest Du auch darob die Predigt und das Sakrament vieler Sabbate versäumen. Darfst Du das eine Gebot um des Herrn willen brechen, so darfst Du auch andere brechen, zumal es nur zu Gottes Preis und Ehre geschehen soll, und alle Gebote sich gleich an Würde und Heiligkeit binden. Können wir keine Wunder tun, so können wir doch der törichten Menge vielleicht noch glaublich machen, dass wir es können. Lernen wir doch von den Papstlingen. Wahhaftig sie sind um vieles klüger, denn wir! Tote können wir zwar nicht erwecken, Hölle nicht aus der Tiefe des Meeres heraufzurufen, heiliges Blut nicht fließend machen, die Mutter Gottes nicht auf den Bäumen tanzen lassen, wie dies kürzlich in Tirol gescheh, aber zum Beispiel einen Teufel könnten wir hier auch einmal austreiben."

(Fortschreibung folgt)

zu einem großen tumulte ausgewachsen haben. Die schweren Misshandlungen - schreiender Personen, am Boden liegender, von Auto-Insassen, auf Bahnhöfen und in Bedürfnisanstalten befindliche Personen, die Lokalräumungen ohne gesetzlichen Grund mit darauffolgenden schweren Misshandlungen der auf Befehl der Polizei das Lokal verlassenden werden in vollem Umfang auch vor dem Schwurgericht behandelt werden müssen.

Die Vorfälle, die den Gegenstand der Anklage bilden, liegen zum Teil vor dem 26. September, also demjenigen Tage, an dem die eigentlichen Misshandlungen und Polizeiübergriffe in Moabit stattgefunden haben, zum Teil in den Tagen vom 26., 27. und 28., in denen die Kriminalbeamten in Aktion getreten sind, und sich der bekannten schweren Übergriffe schuldig gemacht haben.

Am 9. und 10. Januar werden die Angeklagten vernommen werden; am 11. soll durch den Polizeimajor Klein, den Höchstkommandierenden der Polizeimannschaften, und durch die übrigen Polizeimannschaften ein allgemeines Bild von den Verhältnissen vor den Geschworenen gegeben werden. Die folgenden Tage dienen der Erörterung der einzelnen Fälle. Bei jedem Einzelfall sollen diejenigen Zeugen vernommen werden, die Bekundungen darüber zu machen haben, daß an dem betr. Tage und zu der betr. Zeit die Polizeimannschaften ohne Grund und wider Recht und Gesetz Misshandlungen des Publikums vorgenommen haben.

Das Gebiet der Politik wird vor dem Schwurgericht nicht mehr beschritten werden, da die Staatsanwaltschaft jetzt darauf verzichtet, zu behaupten, daß die sozialdemokratische Partei und gew. Organisation mit den Krawallen etwas zu tun haben. Dadurch, daß der Staatsanwalt diese Behauptung fallen läßt und auf die zu diesem Thema vor der Strafkammer vernommenen Zeugen verzichtet, ist auch die Verteidigung in der Lage, ihrerseits auf den Gegenbeweis zu verzichten; die Verhandlung dürfte daher in drei Wochen ihr Ende erreichen.

Verteidigt werden die Angeklagten von den Rechtsanwälten Heine, Heinemann, Rosenfeld und Justizrat Leonhard Friedmann.

Auf der Anklagebank erscheinen:

1. Arbeiter Max Janke, 30 Jahre alt;
2. Arbeiter Jakob Traut, österreichischer Staatsangehöriger, 41 Jahre alt;
3. Arbeiter Franz Jaska, 26 Jahre alt;
4. Malchimist Georg Figner, 23 Jahre alt;
5. Arbeiter Ignaz Orlowski, 42 Jahre alt;
6. Stanislaus Borowiak, 28 Jahre alt;
7. Arbeiter Michael Luksch, 18 Jahre alt;
8. Arbeiter Karl Bruhn, 21 Jahre alt;
9. Arbeiter Hans Rode, 20 Jahre alt;
10. Arbeiter Richard Albrecht, 20 Jahre alt;
11. Arbeiter Otto Marquardt, 18 Jahre alt;
12. Arbeiter Richard Minor, 29 Jahre alt;
13. Antreicher Alfred Schottenberg, 22 Jahre alt;
14. Arbeiter Edmund Adamski, 26 Jahre alt;
15. dessen Bruder Jakob Adamski, 22 Jahre alt;
16. Arbeiter Friedrich Bonnert, 40 Jahre alt;
17. Arbeiter Johann Chodorky, 57 Jahre alt und
18. Arbeiter Nepomuk Zieslick, 19 Jahre alt.

Der Angeklagte Zieslick ist bei seiner Verhaftung schwer verletzt worden; er erhält einen Stich in den Bauch und hat lange im Krankenhaus gelegen, wo er infolge der Verlezung operiert wurde. Für die Verlezung der Angeklagten kommen die §§ 115 und 125 St.-G.-B. in Betracht. § 115 bedroht Rädelsführer sowie die Teilnehmer an einem Aufzehr, die den Beamten durch Gewalt oder Androhung von Gewalt Widerstand leisten, mit Jüchthaus bis zu 10 Jahren. Bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten. Dieselbe Strafe droht § 125 für Rädelsführer und diejenigen an, die bei Landfriedensbruch Gewalttätigkeiten gegen Personen verüben, plündern oder Sachen zerstören.

Gemeinkraftsbewegung.

Die Lohnbewegung der Außenseiter. Da sich der Zehender erbaut auf die Eingabe der Bergarbeiterorganisationen nicht für kompetent erklärt hat, die Lohnfrage für die ihm angeschlossenen Zeugen zu verhandeln, so sollen die Abänderungsfordernisse nunmehr durch Arbeiterausschüsse der Grubenverwaltungen eingereicht werden. Freitag fanden im Ruhrtal 36 Belegschaftsversammlungen statt, die von den drei Verbänden gemeinschaftlich einberufen wurden. Die Versammlungen waren durchschnittlich stark besucht. Für nächsten Sonntag sind über 50 Versammlungen geplant. Zu allen Versammlungen wurde eine gleichlauende Resolution angenommen, in der in der Hauptplatte 15 Prozent Lohn erhöhung gefordert werden. Den Führern wurde uneingedrängtes Vertrauen ausgesprochen. Die Arbeiterausschüsse wollen die Forderung nunmehr bei den Grubenverwaltungen eintreiben. In den einzelnen Versammlungen sprachen sich vereidigte Redner kraftig gegen die christlichen Führer bei der Lohnbewegung aus.

Aus der Margarineindustrie.

Wie geschildert wird, sohn sich die Margarinefabriken in Soh und Elze gezwungen, Frieräderchen einzulegen. Diese Betriebs einschränkung, wie auch die in anderen Margarinefabriken, ist zweifellos eine Folge der sensationellen Nachrichten über Verfassungsbeschwerden, die der Genoss von Soh-Margarine, die die Firma Mohr in Ottersen geleitet hatte, verhängt haben sollen. Tag die Gefürdheitsbehörden bisher noch nicht zweifelsfrei festgestellt haben, in welchem Maße die Nachrichten über die Erkrankungen infolge des Genusses von Margarine tatsächlich begründet sind, mag eingemessen übersehen und fragig machen. So in leichterster aber auch nur scheinbarweise die Gefürdheit und das Nachlassen der Erkrankungen in Gefahr gebracht werden ist, da verloren wir energetisches Kapital, nicht die Betriebs einschränkung auf politische, unverantwortliche Mitteilungen, die eigentlich wenig tragen, die aber von der interessierten Margarineindustrie ausgeschlossen werden. Nicht aus Interesse für das Margarineamt, sondern aus Interesse des festen Glaubens, der die gesetzliche Sippe in Deutschland aus-

zeichnet. Dessen Kampf gegen die Margarine hat sich ja stets in der gehässigsten Form geführt. Man braucht dann nur an die Forderung der latenten Färbung und der gesonderten Verkaufsräume für Margarine zu erinnern, Forderungen, die ganz unbefriedigt darauf hinausließen, der Margarine die Konkurrenzfähigkeit zu erschweren. Mit der gesetzlichen Vorschrift der rot behärbten Margarinefässer ist den Fünfern nicht Genüge geschahen, sie finden aber bei der Regierung verständnisvolles Entgegenkommen, indem diese der natürlichen Butter Frachtmäßigungen gewährt, die der Margarine verlegt bleiben. Wir betrachten die Margarine als ein notwendiges Übel, das uns der unverschämte Lebensmittelwucher der Schnapsabkömmlinge bekehrt. Es wäre wohlblich mit Freuden zu begrüßen, wenn alle Europa verschwinden könnten und ausschließlich natürliche Butter konsumiert würde. Gerade weil die Margarine ein notwendiges Übel ist, darfste deren Produktion und Verarbeitung nicht künstlich verteuert werden. Aber, wie überall, werden die Armen für ihre Armut noch extra bestraft, indem man ihnen den billigen Erfah für vollständige Nahrung im Interesse der unerlässlichen Agrarier verleiht. Und die seichte häßliche, den verschwefelten Motiven entstammende Kampagne gegen die Margarine, die teilweise den Stempel der Macht an der Stirn trägt, hat ja auch nur den Zweck, den Gegner nach natürlicher Butter, die übrigens in zahlreichen Fällen verschwunden auf den Markt kommt, sowie den Verbrauch von Fleisch zu steigern und dadurch die Preise noch weiter in die Höhe zu treiben. Erfärlicherweise hauen die Margarine-Interessenten in der Abwehr der vermeintlichen Feinde von der anderen Seite auch leicht etwas über die Schnur; aber die Gerechtigkeit und das Interesse der notgedrungen auf den Konsum der Margarine angewiesenen erhebt es, wenigstens von den sachlichen Einwänden, die von den Margarinefabriken in Abwehr der gegen die gesamte Industrie gezielten Beschuldigungen und der Weitdeutung ausgesetzten Verwarnungen erhoben werden. Notiz zu nehmen. Wir glauben solcher Verpflichtung zu entsprechen, indem wir einem eingehenden Artikel in der „Margarine-Industrie“ (Nr. 1 1911) folgendes entnehmen:

„Wenn überhaupt ihr Zusammenhang (der gemeldeten Erkrankungen) mit den Erzeugnissen der Ottener Fabrik — der heute noch nicht erwiesen ist — festgestellt wird, dürfte ein großer Teil der Geister auf die unter den Verbrauchern erregte Panik oder auf normale Ursachen zurückzuführen sein. Bereits wurden die Erkrankungen in Oberhausen und in Düsseldorf (die Polizei zeigte uns hier bereitwillig die beanstandeten Proben) demonstriert. In S. hatte eine Familie Kohl mit Hammelfleisch und Butterbrot mit Margarine gegessen. Letztere sollte schuld an der darauf eintretenden Unzeit sein. In Wahrheit wurde eine Vergiftung durch Kohlendusti festgestellt. In W. hatten zwei kleine Mädchen sich durch Naschen den Magen verdorben. Auch hier rügte man, unter dem Eindruck der besorgniserregenden Nachrichten, zunächst in der Margarine die Urheberin des Übels. Sehr erschwert werden nachträgliche Diagnosen natürlich dadurch, daß alle in Mitteidenchaft gezogenen Personen schon nach wenigen Stunden spätestens nach ein paar Tagen wieder hergestellt waren. Ihre Krankheitssymptome: Unzeit, Erbrechen und Diarrhoe schwanden von selbst in kürzester Frist ohne ärztliche Hilfeleistung. Mit seinem regnerischen, teils kalten, dann wieder latwarmen Wetter war der Dezember dem Gesundheitszustande der Bevölkerung sehr ungünstig. Wenn wir annehmen, daß dadurch in Deutschland insgesamt 100 000 Menschen vorübergehend leicht erkrankt sind, was will es dann bedeuten, wenn einige Hundert unter ihnen, hygienisiert von dem großen Massenbeherrschter „Presse“, sich allen Ernstes — eingebildet haben, an Margarine erkrankt zu sein. Die Art, wie sich die vermeintlichen Krankheiten äußerten, weist deutlich darauf hin; die Möglichkeit, Erbrechen und Stuhlgang suggestiv zu erzeugen, ist unmöglich festgestellt. Gewiß, die Presse konnte an den von Hamburg ausströmenden Sensationsnachrichten nicht achlos vorübergehen, sie erfüllte durch die Wiedergabe nur ihre Pflicht als Neuigkeitenverbreiterin und war auch nicht imstande, alle Meldungen auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen. Auch den Überreifer und die Übertriebungen ihrer Berichterstattung legen wir ihr nicht zur Last; aber das ändert nichts an der Tatsache, daß die Mehrzahl der Erkrankungen ihre Ursache im — Nachrichtendienst der Zeitungen haben.“

In Summa: Wir halten es nicht für unmöglich, daß die Altonaer Margarine-Werke Mohr u. Co., Altona-Ottersen, die nach eigenem Geständnis und amtlichen Feststellungen ein neues ausländisches Pflanzengift benutzt haben, das bis dato in keiner zweiten Fabrik bekannt und verwendet worden ist, einen Rohstoff verarbeitet haben, der ein bisher unentdecktes Pflanzengift enthält. Dieses kann die Erkrankungen zur Folge gehabt haben. Ob es so ist, wissen wir nicht, den Beweis haben die mit der Untersuchung betrauten Behörden zu erbringen. Trifft die Firma ein Verhältnis, ist sie allein und nicht die Industrie — dafür verantwortlich. Diese Frage steht also noch offen.“

Aus welcher Perspektive ein Teil der „anständigen“ härteren Preise die Angelegenheit betrachtet, das enthüllt die genannte Zeitchrift an einem recht typischen Fall.

„Köln. Volkszeitung“, das Organ für lautere Wahrheit und für Recht, möchte den Margarinefabriken in ihrer durch agrarische Heze vergroßerten Verlegenheit in ihrem Interessenkreis beispringen. Das ist doch christlich und — profitabel!

Der Verlag des Blattes legt sie die Fabrik mit folgendem Gebet um lohnende Aufträge:

„Der traurige Vorfall der Vergiftungen in einer Reihe nord- und westdeutscher Städte durch den Genuss von Margarine der Firma Altonaer Margarine-Werke Mohr u. Co. in Altona-Ottersen ist wohl geeignet, der geliebten Margarine-Erzeugung einen unheilvollen Stoß zu versetzen, wenn nicht die Fabrikanten der zum Teil doch weltbekannten und in jeder Beziehung einwandfreien Margarine alsbald vorbeugende Maßnahmen treffen, indem sie mit Aufklärungsanzeigen vor die breite Öffentlichkeit treten. Die Margarinefabrikanten sollten des bei nicht unterlassen, auch große, im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben maßgebende und einflußreiche Zeitungen zur Veröffentlichung ihrer Ausführungen zu benutzen, denn wenn auf diese Weise erreicht wird, daß die öffentliche Meinung veranlaßt wird, den unglücklichen Einzelfall nicht verallgemeinernd gegen die Margarine überhaupt ins Feld zu führen, sondern die Sache objektiv zu urteilen, so erreicht die reelle Margarineherstellung um so schneller, daß auch die Hauptverbrauchsseite das Vertrauen in das Erzeugnis der soliden und reellen Firmen zurückgewinnen bezw. daß sie es durch den einzelnen Vorfall nicht verlieren. Die „Kölnische Volkszeitung“ mit ihrer außergewöhnlich weit umfassenden Verbreitung ...“ folgt bald auf die Wirklichkeit des Blattes als „Infectionssorgan“ gez. „Kösische Volkszeitung“ J. B. Bader.

„Das ist die ausläufige Presse! Sollte es wirklich eine noch unanständigere geben?“ Das Unglück der Industrie geht dem königlichen Blatt so zu Herzen, daß es sich für Bezahlung in den Dienst der guten Sache stellt. Wie

rührend! Die Margarine mag man nicht leiden, besonders nicht im redaktionellen Teil, dazu verpflichtet die Freundschaft mit den Fünfern, aber Interesse lädt man sich gern bezahlen. Non olet!

Die Moabiter Polizeischlägerei vor Gericht.

In der Fortsetzung seines Plädoyers wendet sich Rechtsanwalt Heinemann energisch dagegen, daß vom Staatsanwalt das Solidaritätsgefühl der Streikenden als strafverschärfender Grund angeführt werde. Darin liegt eine vollständige Verneinung aller sozialpolitischen Zusammenhänge. Die Ehregriffe seien von den Existenzbedingungen abhängig. Offizielle tun Männer, die Quelle, also strafbare Handlungen, ablehnen, in Beruf. Ohne Solidaritätsgefühl müßten die Arbeiter ihre Arbeitskraft um jeden Preis verkaufen. Die Ausübung des Koalitionsrechts liege nicht nur im Arbeitserinteresse, sondern auch im Interesse der gesamten Kulturdwicklung. Zu dem Übermut der Firma Kupfer u. Co. trat der Umstand, daß die Polizei das materielle Interesse der Firma gegen die Arbeiter wahrnehmen wollte. Auch das müsse den Arbeitern zugute gehalten werden. Zu dem Vorwurf des Staatsanwalt gegen die Verteidigung bemerkte Heinemann, der Vorwurf treffe ja auch das Gericht, das die Verteidigung beantragten Zeugen geladen habe und das Gericht doch nur erhebliche Beweise zulassen dürfe. Übrigens habe auch die Staatsanwältin mit den von ihr geladenen Zeugen sehr schlechte Erfahrungen gemacht.

Rechtsanwalt Rosenfeld schildert in seinem Plädoyer eingehend den Verlauf des Streits, den der Transportarbeiter-Verband mit größter Friedensliebe geführt habe. Er beleuchtet an der Hand der Zeugenaussagen das Verhalten der uniformierten und nichtuniformierten Polizeibeamten.

In der Nachmittagsitzung unterzieht Rechtsanwalt Rosenfeld die Tätigkeit der Lockpistel in Moabit einer scharfen Kritik. Nach der Beweisaufnahme unterliege es keinem Zweifel, daß dort Lockpistel tätig waren. Die Kriminalbeamten hätten alles getan, als würdiges Gefecht der uniformierten Schutzleute zu erscheinen. Diesen Ausdruck rügt der Vorsitzende. Rechtsanwalt Rosenfeld schließt den allgemeinen Teil seiner Aussführungen mit der Bemerkung: Die uniformierten Schutzleute, die nicht in rechtmäßiger Ausübung ihres Amtes gehandelt hätten, wären bestellt mit dem Blute der Bürger Moabits von dem Felde ihrer Tätigkeit gegangen. Diese Blutflecken seien durch keine Orden zu verdecken. Nach diesen Worten fragt der Vorsitzende Lieber den Staatsanwalt, ob er einen Antrag zu stellen habe. Der Erste Staatsanwalt antwortet, hier liege eine grobe Ungezügung vor, er stelle die Höhe des Strafmaßes dem Gerichtshof anheim. Das Gericht verhängt über Rechtsanwalt Rosenfeld die höchste zulässige Strafe von 100 Mark.

Bei der Besprechung der einzelnen Fälle beantragt Rechtsanwalt Rosenfeld, die Strafen durchgängig so festzusetzen, daß sie durch die Untersuchungshaft als getilgt gelten. Das gleiche beantragt Rechtsanwalt Coermann für den von ihm verteidigten jugendlichen Angeklagten Meyer, den Arbeitsbüchsen, gegen den der Staatsanwalt die Gefängnisstrafe von einem Jahr beantragt hatte. Coermann weist darauf hin, eine solche Strafe gegen einen Jugendlichen komme einem Jahr Zuchthaus gegen einen Erwachsenen gleich.

Rechtsanwalt Heine beantragt für die von ihm verteidigten Jugendlichen Rotke, Romannowski und Krämer und auch für den Erwachsenen Maßkut, so weit sie nicht ganz freizuhören seien, die Strafe durch die Untersuchungshaft als getilgt zu erachten.

Die Sitzung wird darauf auf Montag früh 9½ Uhr vertagt.

Aus dem Gerichtssaal.

Zwei Kriegsgerichtsurteile. In Wismar wurde der Musketier Buchholz wegen Achtungsverleihung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte den aufsichtführenden Unteroffizier beim Kohlenfahren mit einem Stück Kohle geworfen und dem Vorgesetzten „eine unpassende Antwort“ gegeben. Vor demselben Gericht stand der Unteroffizier Kühsfeld vom 14. Inf.-Regt. wegen Missbrauch der Dienstgewalt. Er wurde beschuldigt, zwei Untergebenen im Dienst zum Diebstahl verleitet zu haben. Sie sollten einen Blumentopf stehlen; die Untergebenen führten aber den Befehl nicht aus. Dann wurde ihm zur Last gelegt, in vier Fällen einen Untergebenen durch Faustschläge ins Gesicht und Zerren am Ohr misshandelt zu haben. Er erhielt sechs Wochen Mittarrest.

Ein frommer Landfriedensbruch. Auf dem katholischen Friedhof in Geseke sollte im April 1910 die Leiche eines Rentners, der in heiliger Umnacht Selbstmord verübt hatte, in „geweihter Erde“ beigesetzt werden. Eine fanatische Menge von Gläubigen wollte die Beilegung gewaltsam verhindern. Die Folge war eine Auseinandersetzung wegen Landfriedensbruch gegen 18 meist polnische Fromme. Von der Gesecker Strafkommission erhielt einer der Angeklagten 6 Monate Gefängnis; 12 wurden zu je 4 Monaten verurteilt und die übrigen freigelassen.

Unterschlagene Kassengelder. Vor dem Schöffengericht in Halle a. S. wurde der Maurermeister Böhler, der im Verlaufe von drei Monaten 401,70 M. Kassentassenzahlungen seiner Arbeiter unterschlagen hatte, nur zu 100 M. Geldstrafe verurteilt.

Paragraph 11 des Brekgesetzes. Die Frage, ob eine Berichtigung an die Adresse des verantwortlichen Redakteurs gerichtet werden müsse, wurde vom Vorzug in einem Landgericht als Berichtigungskasten am Donnerstag im Gegenfall zu der Entscheidung des Vorberichters verneint. Der Vorberichter war den Gründen des Redakteurs der „Bergarbeiter-Zeitung“ Wagner gefolgt und hatte entschieden, daß der verantwortliche Redakteur einer Zeitung zur Aufnahme einer Berichtigung nur dann verpflichtet sei, wenn sie an seine persönliche und nicht nur an die Adresse der Redaktion gerichtet wurde. Das Landgericht verurteilte Wagner zu 10 M. Geldstrafe. Begründend wurde ausgeführt, der Redakteur habe Vorlage zu treffen, daß auch die Berichtigungen, die nur an die Redaktion und nicht an seine Adresse gerichtet sind, in seine Hände gelangen. Gegen das Urteil wird die Entscheidung des Oberlandesgerichts angerufen werden.

„Bagabunden erhalten nicht das Wort.“ In einer vom Zentrum einberufenen Versammlung bei Schwerte (Kreis Dortmund-Hörde) wollte das Zentrum seine Beteiligung am Steueraufschwung rechtfertigen. Es sprachen u. a. der Abg. Held und der Dortmunder Zentrumsführer Bünning. Beide Auseinandersetzungen den lebhaftesten Widerspruch unserer anwesenden Genossen hervorriefen. Als Befürzung ohne Diskussion eine Resolution zur Abstimmung bringen wollte, in der die Arnsberger Regierung wegen ihres Verhaltens in der Frage der geistlichen Volksschulinspektion getadelt wurde, überreichte unser Parteisekretär Genosse Klupsch eine Gegentreolution und verlangte das Wort zur Begründung.

Darauf wurde ihm von Lensing zugesenkt: „Vagabunden erhalten nicht das Wort.“ Genosse Klupsch erhob Privatklage, die Lensing mit einer Widerklage beantwortete. Klupsch habe in einer Versammlung einen Redner, der Lensing als Lumpen bezeichnet haben soll, nicht zur Ordnung gerufen, habe die Zentrumsversammlung sprengen wollen und in Flugblättern das Zentrum beleidigt. In der Verhandlung vom Donnerstag kam auch das Wahlkompromiß bei der letzten Landtagswahl zur Sprache, wobei Klupsch den Nachweis erbracht, daß trotz der Abstimmungstatik des Zentrums mündliche Verhandlungen auf dem Bureau des Vorsitzenden der Zentrumspartei und beim Geschäftsführer Lensings gepflogen wurden. Lensing wurde zu 10 Mrd. Geldstrafe oder 2 Tagen Gefängnis verurteilt; Genosse Klupsch erzielte Freisprechung. Das Gericht „bedauerte“, Lensing verurteilten zu müssen!

Die Räuberhöhle. Am Abend des 1. November 1910 betätigten sich sechs „alte Leute“ vom Infanterie-Regiment Nr. 70 in Saarbrücken in kameradschaftlicher Erziehung, indem sie eine Anzahl Recruten mit Klopfpeitschen blutig schlugen. Vor Gericht, das vier der Täter zu Strafen von 7 Monaten 2 Wochen bis zu 5 Monaten 2 Wochen Gefängnis verurteilte, gaben die Verurteilten an, auch sie seien als Recruten mishandelt worden. Ihre Berufung gegen das Urteil wurde vom Oberkriegsgericht in Koblenz verworfen. Der Vorsitzende äußerte, die Mißhandelten hätten annehmen müssen, sie seien in eine Räuberhöhle und nicht in eine königliche Kaserne geraten.

Bliebenthal Monat für ein unüberlegtes Wort. Dem Infanteristen Eugen Siebel von der 11. Kompanie des 18. Infanterie-Regiments in Landau wurde am 12. September vorigen Jahres während des Exerzierens der Befehl erteilt, Halt zu machen und dann wieder zurückzumarschieren. Trotzdem marschierte er weiter, und als ihn seitens eines Gefreiten befohlen wurde, sich beim Leutnant zu melden, entgegnete er: „Ich sch... hinein, ich mache es nicht mehr!“ Diese „Insubordination“ hat Siebel mit vier Monaten fünfzehn Tagen Gefängnis zu büßen. Wegen Fluchtverdachts wurde vom Kriegsgericht Landau seine sofortige Verhaftung angeordnet.

Volksschreiter. Für die Schwurgerichtsverhandlung wegen der Moabit-Murruren werden von den 30 Geschworenen für die Dauer der Verhandlung 12 Geschworene und mehrere Ersatzgeschworene ausgelost. Unter den 30 befinden sich 15 Fabrikanten, 6 Handwerkmeister, 2 Chemiker und je 1 Architekt, Ingenieur, Apothekenbesitzer, Institutedirektor, Bauunternehmer, Kunstmühlebauer und Möbelhändler.

Der Essener Meineidsprozeß. Zur erneuten Verhandlung im Wiederaufnahmeverfahren gegen Ludwig Schröder und Genossen wegen Meineids ist eine außerordentliche Schwurgerichtsperiode bestimmt worden. Der Beginn des Prozesses ist auf Montag, dem 30. Januar, festgesetzt.

Aus Nah und Fern.

Darf ein Verteidiger vor Gericht nicht die Wahrschheit sagen? Aus Berlin wird vom 7. Januar berichtet: Als bei der heutigen Verhandlung im Moabit-Kravall-Prozeß der Verteidiger Rechtsanwalt Rosenfeld bemerkte, die Polizeibeamten hätten, mit Bluterguß beklebt, den Kampfplatz im Moabit verlassen; dieser Blutstiel könnte auch durch Orden nicht verdeckt werden, verfügte der Geschäftshof die höchste zulässige Ordnungsstrafe von 100 Mrd. gegen ihn. (Siehe Prozeßbericht.)

Zugsammensetzung in Berlin. Auf der Station Alt-Strelitzer ließ ein Arbeiterzug mit einem Zugede des Südringes zusammen infolge eines falschen Signals, durch das der Arbeiterzug auf ein falsches Geleis gebracht worden war. 17 Personen wurden durch Glassplitter leicht verletzt, nach anderen Meldungen sogar 23.

Die neueste Reichsverbandsversammlung des Dr. med. Wilhelm Möller in Kirchseeon über angebliche sozialdemokratische Misswirtschaft in den Ortskrankassen läßt die Frage gerechtfertigt erscheinen: Wer ist dieser Dr. med. Wilhelm Möller? Von Jahre 1902 bis zum August des Jahres 1914 war er leitender Arzt des Sanatoriums Kirchseeon. Bald nach der Zentralisation der zehn Münchener Ortskrankassen, durch die das Sanatorium Kirchseeon in den Besitz der Ortskrankassen für München überging, forderte Dr. Möller von der Kasseverwaltung einen unfindbaren Vertrag und Gehaltsregelung. Die Erfüllung der ersten Forderung erschien dem Kassenstand unmöglich. Darüber war Dr. Möller sehr unangenehm berührt. Als nun gar noch ohne seine Erlaubnis ein Assistenzarzt angestellt wurde, legte er seine Stelle nieder. Seit dieser Zeit betreibt Dr. med. Wilhelm Möller, Kirchseeon, neben seiner Privatpraxis die Betreuung der Sozialdemokratie. Ganz besonders schlecht ist er auf die Vorstände der Ortskrankassen zu sprechen. Schon im Jahre 1909 ließ er in der Verlagsanstalt Leutonia in Berlin eine Broschüre erscheinen mit dem Titel: Betriebskrankassen und Sozialdemokratie. In dieser 15 Seiten starken Schrift kamen die Ortskrankassen sehr schlecht weg. Nun geht Dr. Wilhelm Möller mit dreißig Pferdekräften neuerdings los. Der Erfolg wird aber nicht den gehofften Erwartungen entsprechen.

Wahlshächer der Konservativen und Liberalen. Bei der letzten Wahl in Oegko-Vogt hatte, wie die Königsberger Volkszeitung mitteilt, ein kleiner Eigentümer und Blümchen eifrig für die Wahl des nationalliberalen Kandidaten eitert. Daraufhin wurde ihm von dem konservativen Großgrundbesitzer Schulz, von dem er ein Darlehen von 450 Mrd. auf seinem sonst schuldenfreien Grundstück stehen hatte, in nicht mißzuverstehender Weise erklärt: „Sie haben doch Geld von mir, dann werden Sie doch wissen, was Sie zu tun haben.“ Am Tage nach der Wahl wurde dem liberalen Eigentümer das Geld gekündigt. Konservativer Wahlshächer! Der Kämer, der sich in großer Verlegenheit befand, weil er wußte, daß er auch von den sich in konservativer Bewahrung befindenden Spar- und Darlehnskassen kein Geld bekommen würde, wandte sich nun an den Vorsitzenden des liberalen Wohlkomites. Hier erhielt er von dem Justizrat Erbe die schriftliche Zusicherung, daß ihm die gekündigten 450 Mrd. beschafft werden sollten. Der Justizrat teilte ihm nach einigen Tagen noch mit, daß er bereits die Grundlagen eingesehen habe. Der Kämer gab sich nun zufrieden. Kurz vor dem Wahltermin erklärte der Justizrat dann aber dem darüber wie aus den Wolken gefallenen Kämer, das Geld könne nicht beschafft werden, weil man in Erfahrung gebracht habe, daß er, der Kämer, inzwischen zur „Sozialdemokratie“ neige! Trotzdem der Kämer erklärte, daß das Beileidung sei, blieb der Justizrat bei seiner Weigerung. Das kleine Beileidum wird infolge davon demnächst unter den Kämer kommen. — Liberaler Wahlshächer! Der von seiner Partei so in Stück geschnitten liberaler Agitator hat jetzt seine politische Tätigkeit für diese eingestellt. Er wird sich wohl nicht weiter darüber den Kopf zerbrechen, auf welcher Seite der gräßigen Terrorismus liegt, sondern erkennen, daß von der dritten der Parteien, die sich im Wahlkampfe gegenüberstanden, der Sozialdemokratie, derartige unsaurere Wahl-

geschäfte nicht gemacht und daß seine Interessen als Handwerker und Kleinbesitzer vor ihr viel nachdrücklicher vertreten werden.

Das Alsenbrüder bei der preußischen Justiz ist der Verteidiger. Er ist bei der preußischen Gütern Justitia eben nicht beliebt, allenfalls betrachtet man ihn als notwendiges Übel. Auch außerhalb des Sitzungssaales ist man nicht gerade auf eine Erleichterung des Lebens der Rechtsanwälte bedacht. Charakteristisch ist in dieser Beziehung ein Anschlag, der sich an den Fahrstühlen im neuen Kriminalgericht in der Turmstraße im Moabit befindet. Dort ist zu lesen: „Die Benutzung des Fahrstuhls steht nur Richtern, Staatsanwälten und älteren Juräbeamten zu.“ Rechtsanwälte also mögen laufen und sich im Treppensteigen üben, sie können, meint man, offenbar immer noch zurecht oder vielmehr zu früh. Ein Berliner Wohlbold bemerkte dazu in der „B. B. am Mittag“: Die Richter und die Staatsanwälte werden alle befordert, die Rechtsanwälte müssen aus eigener Kraft emporkommen!

Einkommen. 15 Häschlinge, unter ihnen zwei wegen Angriffs auf die früheren Präsidenten Quintana und Figuero Alvaro verurteilte Anarchisten, sind aus dem Gefängnis in Buenos Aires entwichen. Sie hatten sich unter den Mauern einen unterirdischen Gang gegraben. Mehrere Männer von der Wache wurden unter dem Verdachte der Mithilfe verhaftet.

Ungehörbare Bluttat. In Zbaraz an der russischen Grenze drangen Räuber in die Wohnung des Großhändlers Bachomiezki, erschossen ihn, seine Frau und seine beiden Töchter und raubten das ganze Haus aus. Auf der Flucht wurden sie ergreifen.

Ein Raubmord? Bei Hilfart (Rheinland) wurde die Leiche eines Herrn aus der Roer gezogen. Da die Geldbörse leer war und der Kopf schwere Verletzungen aufweist, handelt es sich vermutlich um einen Mord.

Beim Schlittschuhlaufen ertranken bei Kelheim (Niederbayern) auf dem Eis des Ludwigskanals zwölf Knaben.

Der deutsche Dampfer „Berlin“ untergegangen? Der Kommandant der Küstenwache in Sundaland fand am 6. Januar bei Rocker Beach eine Flaschenpost, die einen Zettel mit folgenden Worten enthielt: „Seide Hoffnung aufgeben, 12. 11. 10. Kapitän Schmid.“ Es handelt sich bei dieser traurigen Mitteilung zweifellos um den Dampfer „Berlin“, der am 11. November Sundaland mit einer Ladung Kohlen verließ und nach Stettin fahren wollte. Da seither keine Nachricht von dem Dampfer eingelaufen ist, scheint es festzustehen, daß der Dampfer mit seiner gesamten Besatzung, die aus dem Kapitän und siebzehn Mann bestand, untergegangen ist, obwohl bisher keine Leichen oder Wrackstücke aufgesicht worden sind. Acht Mann der Besatzung, der Kapitän und sein Sohn stammten aus Stettin. Die „Berlin“ war erst vor kurzem vom Stapel gelassen und hatte 2700 Tonnen Inhalt.

Bei 20 000 Mrd. haben Einbrecher die Steuerkasse in Diedenhofen erleichtert. Von den Tätern schlief jede Spur.

Berlorene Ladung. Aus Melkow wird gemeldet: In der Nähe von Nieder-Warta ist ein großer eiserner Frachtkahn der Vereinigten Schiffahrtsgesellschaften von Schönpreisen kommend, infolge Steuerdesaster manövriert geworden und hat sich quer vor die Wälle der Elbbrücke in Nieder-Warta gestellt. Der größte Teil der Ladung, bestehend aus Zuckerrohrnade, die der Länderebank in Prag gehört, gilt als verloren; der Wert der Ladung beträgt eine Viertel Million Mark. Die Bergungsarbeiten sind bereits in Angriff genommen worden; man hofft, das Schiff in den nächsten Tagen aus seiner gefährlichen Lage befreien zu können.

Ein faßvoller Pfaffe. Nach einer Meldung aus Paris ist der Pfarrer von Ermont, Abbé Couriot, der während einer Leichenfeier der Familie des Verstorbenen von der Kanzel herab vorgekommen ist, daß sie bei der Sammlung für den Kultuspennig nur 50 Centimes hergegeben habe, vom Bischof von Paris versetzt worden. Außerdem hat die Staatsanwaltschaft gegen Couriot eine Untersuchung eingeleitet.

Eine sonderbare Vorsicht. Nach einem Telegramm aus Rio de Janeiro haben dort ganz plötzlich 45 Männer, die Gefängnisstrafen mit Zwangsarbeit zu verbüßen hatten, 26 Todesfälle sollen durch Sonnenstich verursacht sein, den sich die Leute bei Festungsarbeiten auf der Insel Cobras zugezogen hatten; 19 sollen in den Gefängniszellen durch Erhitzen umgekommen sein.

Izwangsmitglieder für die deutsche Turnerschaft? Der Ausschuss der deutschen Turnerschaft bereitet eine Einigung an die Reichsregierung vor, in der die Notwendigkeit und der Segen einer gesunden nationalen Erziehung dargelegt werden sollen. Die „nationalen“ Turner mit „Deutschen“ an der Spitze wollen sich vermutlich für eine „nationale“ Erziehung der Jugend in empfehlende Erinnerung bringen. Vielleicht weiß man diesen Vereinen, die an politischer Perspektive erstaunlich viel geleistet haben, die heranwachsende Jugend zwangsläufig zu und schafft ihnen damit Erfolg für den Mitgliederverlust zu den ihnen der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Arbeiterturnerbund verholzen hat.

Zum Kapitel Bürokratismus schreibt das „B. L.“: Ein Leiter unseres Blattes, der Ende Dezember eine längere Berufsprüfung nach dem Auslande anzutreten gezwungen war, landete gewissermaßen keine Steuererklärung vor der Abreise ein. Der Vorsitzende der Veranlagungskommission Herford schickte sie ihm jedoch mit dem klassischen Bescheid zurück, daß sie bestimmt seien in der Zeit vom 4. bis 20. Januar abgegeben werden müsse. — Den Bürokraten geht es entschieden zu wohlb.

Falschspieler im Eisenbahngange. Im Eisenbahngange zwischen Rotterdam und Haag wurde auf einer Strecke von zwanzig Minuten Fahrt ein Deutscher von gewerbsmäßigen Falschspielern um 2000 Mrd. betrogen. Ein anderer Deutscher zeigte der Polizei in Haarlem an, daß er im Zug zwischen Rotterdam und Haarlem beim Kartenspiel 440 Mrd. verloren habe, und so vergaß fast kein Tag, ohne daß Mitglieder jener Falschspielerbande irgendwo ihre Opfer ausplünderten. Die Falschspieler sind im Besitz von Eisenbahnabonnementkarten, mit denen sie ganz Holland bereisen, und suchen hauptsächlich Ausländer, vorzugsweise Deutsche, zu umgarne. Die Polizei und die Eisenbahnbeamten, denen sie überwiegend wohlbekannt sind, pflegen die Reisenden zwar vor ihrer Gefahrlosigkeit zu warnen, aber leider fehlt sie im übrigen jenem Kreislauf, machlos gegenüber, da es schwer ist, das Falschspielen nachzuweisen.

Schlesische Schulbüchle. Am Sonntag wurde die evangelische Schule in Dittersbach durch den Gemeindedienst stand, wegen drohlicher Einschüpfung geöffnet. Vor längerer Zeit zeigte das Gebäude erhebliche Risse, die aber immer wieder vorsichtig verkleistert wurden. Die im Hause befindlichen Wohnungen mußten ebenfalls auf polizeiliche Anweisung schleunigst geräumt werden.

Das Erdbeben in Turkestan. Aus Wierzy wird gemeldet: Infolge des Erdbebens sind 700 Familien obdachlos, die sich tagsüber in den Schulen und Kasernen aufzuhalten und die Nächte aus Furcht vor einem neuen Erdbeben bei 10 Grad Höhe unter freiem Himmel zu bringen. In der Umgegend sind tiefe Erdrisse und Bodenhebungen bzw. Senkungen entstanden. Unterhalb eines Gletschers wurden riesige Felsspalten nordwärts auf die Schneefelder geschleudert. — Weiter wird gemeldet: In den Hellschluchten im Osten und Westen sind viele Menschen und viel Vieh unter den Erdfällen der Bergspitze verschüttet worden. Meldungen aus Tokiot, Puschtsch und der Baum-Schlucht vom Nordwestfuß des Tschink-Tsches lassen vermuten, daß der Mittelpunkt des Erdbebens im Osteil des Tschink-Tsches oder südlicher liegt. Die Telegraphenlinie vom Nordufer ist zerstört, ebenso die Straße nach Prishewalz infolge der starken Veränderung der Erdoberfläche. Sachverständige wurden entsendet.

Entstellungen aus französischen Krankenhäusern. Die Akademie der Wissenschaften hat dieser Tage den sogenannten Preis Durkopp an Dr. Jeard in Marseille verliehen für ein Buch mit dem Titel: Über die Gestaltung des Todes in den Spitälern. Jeard berichtet in diesem Werk geradezu grausame Dinge aus bürgerlichen und militärischen Krankenhäusern Frankreichs. Er stellt, gesättigt auf unwiderlegliches Material fest, daß ein großer Teil der Kranken ledig begraben oder in ledigem Zustande auf den Seziertisch gebracht wird. Nicht weniger als 40 zu seiner Kenntnis gekommene Fälle dieser Art sind in einem großen Krankenhaus in Marseille, in dem er angestellt ist, vorgekommen. In diesen 40 Fällen ist der Tertum erkannt worden. Wie viel Leute aber lebendig begraben oder dem Seziertisch überantwortet werden, ohne daß es gemerkt wird, entzieht sich nach Dr. Jeard jeder Schätzung. Es komme dies daher, daß der Tod in den Spitälern überhaupt niemals durch Fachleute, Doktoren oder medizinische Assistenten festgestellt werde. Man begnüge sich immer mit der mündlichen Aussage der Krankenwärter und Laienschwestern. Der Arzt unterzeichnet den Totenzettel, ohne den angeblichen Toten auch nur gleichen zu haben. Einmal sei es vorgekommen, daß ein Scheintoter unter dem Messer des Arztes erwacht. Derartige Beispiele werden von Jeard noch mehr angeführt. Besonders viele Opfer habe der Scheintod während der Cholera-Epidemie in Marseille gefordert. Raum glaublich!

Das Erdbeben in Zentralasien. Moskauische Blätter, wie „Russkoje Slovo“ und andere bringen entsetzliche Einzelheiten über die Erdbeben in Zentralasien, von denen sich allerdings nicht sagen läßt, wie weit sie den wirklichen Vorgängen entsprechen. Aus Taschkent wird gemeldet, daß mit Bestimmtheit verlautet, die ganze Stadt Walli sei während der Erdbeben mit allen Bewohnern verunken. An Stelle der Stadt habe sich ein See gebildet. Da telegraphische Verbindungen mit Shemawat wie mit allen Städten im Semirechtsgebiet nach der Katastrophe unterbrochen sind, ist keine Möglichkeit, die Nachricht zu kontrollieren. Jedenfalls wird von sämtlichen seismographischen Stationen gemeldet, daß ein derartiges Erdbeben in Zentralasien noch nie zu verzeichnen gewesen ist. Sogar in Tschekaterinburg zeigt die Stadt solche Schwankungen, daß sie weit über den für sie bestimmten Raum hinausdringt. Selbst in Tschekaterinburg sind die Uhren stehen geblieben. In Taschkent halten die Erdstöße ein und versehen die Bevölkerung in Schrecken. Aus verschiedenen Gegenden laufen Gerüchte ein über den Untergang ganzer Städte. Die Stadt Bischkek am linken Ufer des Irtyschflusses soll einen vollständigen Trümmerhaufen bilden. Bischkek ist eine Stadt von 6000 Einwohnern, die 1887 durch ein Erdbeben zerstört worden war und wieder aufgebaut wurde. Man spricht von Tausenden von Menschenopfern, doch vermögen man keine ungefähre Zahl anzugeben. Der Regierung sind bisher keine ausführlichen Nachrichten über den Untergang von Städten zugegangen. — Professor Traubert, der Direktor der Zentralanstalt für Meteorologie auf der Hohen Warte bei Wien, macht der Wiener „Arbeiter-Zitung“ auf folgendem Korrespondenten die folgenden Mitteilungen: Das Erdbeben, welches in der Nacht zum 4. Januar unsere Seismographen verzeichneten, ist überhaupt das stärkste, welches jemals unsere Seismographen seit ihrer Einführung verzeichnet haben, und es muß, wenn es in einer von Menschen bewohnten Gegend aufgetreten ist, eine ungemeine Katastrophe sein. Wirkung gezeigt haben. Trotz der großen Entfernung des Bebenherdes war die Kraft der Wellen gebrochen, so daß sie bis nach Wien kamen, nur noch dem Seismographen fühlbar waren. Das Beben war aber, wie gesagt, so stark, daß Wien, trotzdem es vom Bebenherd tausende von Kilometern entfernt ist, hart an der Grenze der Fühlbarkeit dieser Wellen lag. Der Eintritt des Bebens wurde um 12 Uhr 35 Minuten 39 Sekunden beobachtet. Die Dauer war außerordentlich lang und das Beben war so heftig, daß die Modelle der Seismographen fortwährend ausbrachen und über die ganze Breite des Papierstreifens glitten. Die Heftigkeit des Bebens war eine derart enorme, daß die breiten Papierstreifen, auf denen die Modelle registriert hin- und hergleiten, nicht mehr ausreichten und die Modelle fortwährend über den Rand des Papierstreifens hinausgeschleudert wurden. Die Entfernung des Bebens beträgt ungefähr 500 Kilometer und der Herd der Katastrophe ist im Himalayagebirge zu suchen. Das ist mit Bestimmtheit deshalb anzunehmen, weil die Art der Aufzeichnungen des Seismographen genau mit jenen Registrierungen übereinstimmt, welche die Seismographen am 21. Oktober 1907 bei dem großen Erdbeben in Zentralasien lieferten. Der Himalaya als Herd des Bebens ist schon deshalb wahrscheinlich, weil in einer Entfernung von 500 Kilometern kein anderer Erdbebenherd vorhanden ist. Die Bodenbewegungen an Orten der Katastrophe selbst waren sicherlich mindestens zehn Millimeter, sie müssen also, wenn sie in einem bewohnten Gebiet stattfinden, geradezu verheerende Wirkungen gehabt haben. Das Erdbeben war ganz bedeutend stärker als jenes, das am 28. Dezember 1908 Messina und zahlreiche andere Städte in Süditalien zerstörte. Trotzdem uns Messina bedeutend näher liegt als der Herd des jüngsten Erdbebens, waren die Aufzeichnungen der Seismographen jetzt bedeutend größer als bei dem Erdbeben von Messina.

Berantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwaig. Druck: Meyer & Co.
Sönden in Südbad.

„Inspire“ finden durch den „Südbader Volksboten“ in den Kreisen des wertvollen Volkes weite Verbreitung und große Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inscriere im „Südbader Volksboten“.

Gebr. Barg

Lübeck.

Manufaktur- und Leinenwaren.
Aussteuer, 2 titel.
Damen- und Kinder-Konfektion.
Herren- und Knaben-Garderobe.

Beim Einkauf von Margarine
verlangt man ausdrücklich die
erstklassigen Margarinemarken
der **A. L. Mohr**
G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.
Überall erhältlich!

Abzahl.-Geschäft
S. Sachs, Schmiedestr. 2.

Arb.- u. Berufs - KI.
Bahr & Umland, Lübeck, Breitestr. 31.
Ernst Diederichs, Brocksstr. 25.
F. Jürgensen, Schwartauer Allee.
Alb. Meinecke, Ecke Aegidienstr. 15.
J. H. Pein, am Markt.
Putzbach & Reimers, Breitestr. 25.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Johannes Hansen, Oldesloe.
Hans Struve, Königstr. 89.
Hugo Lüth, Reinold, Bahnhofstr.
Richard Wagner, Reinold.
Ramin, Schlutup.
K. Quitzau, Schwartau, Markt 14.
W. Friedrichsen, Travemünde.

Art. z. Krankenpf.
F. W. Busch, Lübeck, Roekstr. 5b.
F. W. Heyde, str. 38.
Henry Möller, Billerbeck 20.
Karl Pogel, Wickedestr. 3. Tel. 1487.
H. Rühl, Hüxstr. 34 Lieferant.
H. Rühl, d. Ortskrankenkasse.
J. Runge, Moislinger Allee 6a.
Adler-Drogerie, Schwartau.

Artikel für Vereine.

H. Kitchell, Königstr. 111. Tomb-.

H. Kitchell, Schieb- u. Kegelgew.

Bäckereien

Paul Burnester, Lübeck, Hüxstr. 49.

Dampf-B. u. Kondit.

Dampfbäckerei Hansa'

J. C. D. Jungo & Co.

Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.

J. Eixmann, Fischer-

grube 47.

T. F. Hinrichs, Moislinger Allee 43.

Becker-

Zill. Hüper, grube 76.

H. Jargstorff, Warendorpsstr. 36.

Fleischbäckerei.

Wilm. Krahn, Fackeb., Allg. 57a.

Grobäckerei.

Wilm. Krahn, Fackeb., Allg. 57a.

Ob. Wilm. Krahn, Fackeb., Allg. 57a.

ausführlich auf die Dauer einer Woche gesperrt. In dringenden Fällen kann bei vorheriger Anmeldung die Benutzung der Wagenfahrt erfolgen.

w. Mölln. Versammlung. Eine von liberaler Seite einberufene öffentliche Versammlung fand gestern nachmittag in Sterley statt. Der Reichstagsabgeordnete Heckscher sprach über „Liberalismus und Reichspolitik.“ Wie schön sei es nach der letzten Reichstagsauflösung gewesen, als man gegen Zentrum und Sozialdemokratie zu Felde zog und die Blockpolitik betrieb. Da sei die Morgenröte des Liberalismus aufgestiegen. Leider sei bei der Reichsfinanzreform diese schöne Blockpolitik in die Brüche gegangen und die Regierung treibe jetzt wieder Politik mit dem Zentrum. Deshalb sei eine verbitterte Stimmung im Volke entstanden. Die Erbschaftsteuer hätte Gesetz werden müssen und die Landwirtschaft müsse billige Futtermittel haben. Das sei die Aufgabe des Liberalismus. Der Sozialdemokratie sei nicht zu trauen. Diese treibe Klassenpolitik und negiere alles; sie bewillige keinen Mann und keinen Groschen. Bei uns in Deutschland seien bessere Verhältnisse als in England und Amerika, sogar der Genosse Eichknecht hätte in Amerika Heimweh nach deutschen Verhältnissen bekommen usw., usw. Der Genosse Wagner-Mölln führte Herrn Heckscher zu Gemüte, daß nicht allein der Druck des Zentrums auf die Regierung zur Auflösung des Reichstages geführt hätte, sondern die Regierung hätte Geld gebraucht und bei dem Bedarf von 500 Millionen seien die Liberalen in ihrem Blockfeuer bereit gewesen 400 Millionen dem Volke aufzupacken und erst bei den letzten 100 Millionen, die die bestehende Klasse bezahlen sollte, seien sie aus dem Block hinausgestoßen. Wenn es in England und Amerika der Arbeiterschaft schlechter geht als in Deutschland, so sei das Fehlen der Sozialdemokratie, die dort erst in der Entwicklung sei, schuld daran, und ein Beweis sei seitens Herrn Heckscher erbracht, daß die Sozialdemokratie in Deutschland positiv wirke. In den genannten Ländern hätten die Liberalen großen Erfolg und trotzdem glühe es nach Heckschers Meinung der Bevölkerung schlechter als bei uns. Auch im Kampfe um das preußische Wahlrecht habe der Liberalismus vollständig versagt und wo es gelte, den Konservativen mit ihrem Anhang die Bähne zu zischen, da klappe der Liberalismus zusammen. Eine Anzahl ursprünglich liberaler Forderungen müsse die Sozialdemokratie erst verwirklichen, weil die Liberalen vor ihren eigenen Forderungen Grauen befürchten. Bei dieser unglücklichen, durch die Liberalen verschuldeten Verhältnisse abändern wolle, müsse bei der Reichstagswahl einen sozialdemokratischen Stimmzettel in die Wahlurne stecken. Im Schlusshör gab Herr Heckscher dem Genossen Wagner einige Liebenswürdigkeiten zu kosten und mit einem Hoch auf den Kaiser wurde die Versammlung geschlossen.

Hamburg. Großfeuer. In dem Betriebe der Norddeutschen Jutespinnerei und Weberei in Schiffbek bei Hamburg entstand Sonnabend abend gegen 9 Uhr ein Großfeuer, das die Appretur und die Weberei total einscherte. Das Feuer, das in den aufgeweichten Jutvorräten reichliche Nahrung fand, verbreitete sich mit großer Schnelligkeit über das ganze massive Gebäude. Die Feuerwehren der Umgegend, unterstützt von zwei Zugen der Hamburger Feuerwehr, konnten sich nur auf den Schutz der in nächster Nähe gelegenen Fabrikbetriebe beschränken. Gegen 11½ Uhr war die Gefahr für die weiteren Bauwerke des Betriebes aufgehoben und das Feuer auf seinen Herd beschränkt. Die Entstehungsursache des Feuers konnte bisher nicht ermittelt werden. Der Betrieb muß, da ohne die Appretur das Werk nicht arbeiten kann, auf einige Tage stilllegen. Der Schaden, der durch Versicherung gedeckt ist, läßt sich zurzeit noch nicht feststellen. — Vom Vorortszug überfahren. Am Sonnabend morgen um 8½ Uhr fanden Baharbeiter unweit des Dammtor-Bahnhofs einen Mann auf dem Bahndamm liegen. Der Mann, der bewußtlos war und aus schweren Wunden blutete, war, das konnte man erkennen, von einem elektrischen Vorortzug überfahren worden. Man transportierte den Schwerverletzten ins Hafenkrankenhaus, wo er bald nach der Einlieferung starb. Auf welche Weise der Mann unter die Räder des Zuges kam, ist noch nicht festgestellt. Nach den bei dem Verunglückten vorgefundnen Papieren handelt es sich um den Bürstermacher O. A. Adolf Urbahn.

Hamburg. Das Verbot des Maifestes ist nunmehr vom Oberverwaltungsgericht in Berlin für ungültig erklärt worden, nachdem der Landrat und der Regierungspräsident es bestätigt hatten. Das bedeutet eine schwere Niederlage für die letzteren. — Von einem Laedebau erschlagen. Auf dem Hamburger Dampfer „Kurt Woermann“ wurden aus der Luke zwei schwere Hölzer gelöst. Das Schiff hatte nach der entgegengesetzten Seite etwas Schlagseite, so daß man die Hölzer, die außenbords in eine Schute gelöst wurden, ausziehen mußte. Zum Aufziehen der Hölzer aus dem Raum war von dem Raum an Luke 2 der Rumpf durch einen Block, der an Luke 1 festgemacht war, nach dem Ankerpill gebrochen, womit gehetzt wurde. Der Rumpf bestand aus einem Massatbau. Die Schauerleute hatten nun gleich Bedenken und äußerten sich dem Capitän gegenüber, daß das Arbeiten mit diesem Bau lebensgefährlich sei. Die Leute wünschten, daß man statt des Massatbaus einen Stahlrahmen nehmen sollte. Durch die Organisation wurde nun am Freitag der Hafeninspektor hieron in Kenntnis gelegt, der auch nachmittags um 5 Uhr an Bord kam. Dieser scheint aber alles für gut befunden zu haben, da keine Abänderung getroffen wurde. Am Sonnabend morgen ereignete sich nun das von den Arbeitern befürchtete Unglück. Als eine Hölze bereits außen Bord gefüllt war, brach gleich hinter dem Pfahlstück der Rumpf, der Baum schlug gegen die Schiffswand und traf einen Capitän so unglücklich, daß er auf der Stelle tot war. Jetzt erst erfolgte eine Änderung und man nahm nun einen Stahlrahmen, legte diesen auf die Wünsche an Luke 1 und ließ nicht mehr vom Ankerpill hieven. Die Arbeit in Luke 1 mußte infolgedessen stillliegen. Hätte man gleich auf die Arbeit gehört, wäre dieser Unfall nicht passiert.

Hörburg. Das Opfer falscher Berichterstattung ist der Redakteur des „Hörburger Volksblatts“, Genosse Bielke, geworden. Auf Grund falscher Informationen brachte Bielke eine Notiz über angebliche Missstände in der Armenanstalt Hörfeld, durch die sich der Hauswart und eine Krankenschwester beleidigt fühlten. Nachdem sich die Unrichtigkeit der Darstellung herausgestellt hatte, brachte Genosse Bielke sofort eine Berichtigung. Trotz dieser losalen Behandlung der Angelegenheit beantragte der Amtsamtssatz im Termin gegen Bielke und mehrere Personen, die im Verdachte standen, das „Volksblatt“ informiert zu haben, geradezu unverständliche Strafen. Genosse Bielke sollte das Versehen mit 8 Monaten Gefängnis büßen, die Mitangeklagten, Landwirt König, Schneidermeister Dreves und Armenhäuser Söhlisch wollten der Rechte des Staatsgewalt auf 6, 4 und 4 Monaten ins Loch gesetzt werden. Das Urteil lautete gegen Bielke auf 600 Mark, gegen Dreves auf 200 Mark und Söhlisch auf 50 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte König wurde freigesprochen.

Kiel. Arbeitsverbesserungen auf der Kieler Reichswerft. Durch die Presse ging dieser Tage eine Notiz, daß auf der Kaiserlichen Werft in Kiel ab 1. Januar die wöchentliche Arbeitszeit nur noch 56 Stunden beträgt und der Stundenlohn um 2 Pf. durchweg erhöht worden sei. Weiter heißt es, daß diese Maßnahmen später auch von den anderen Kaiserlichen Werften eingeführt werden sollen. Die Mittelungen beruhen auf Missverständnissen. Es handelt sich um Verhandlungen in Kiel, in denen die Vertreter der örtlichen Verhandlungskommission Bericht über die Verhandlungen mit den Werftbesitzern erstatteten. Danach wurden auf der Germania-Werft und den Howaldwerken die erwähnten Verbesserungen, zu denen noch die Vergütung der beiden ersten Überstunden mit 25 Proz. der weiteren mit 50 Proz. kommt, mit dem 1. Januar eingeführt. Auf den Kaiserlichen Werften haben die Arbeiter bereits einen Teil der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wie sie von den Arbeitern der Privatwerftbesitzer jetzt erst mit erheblichen Opfern erkämpft werden mußten.

Einschönen. Großfeuer zerstörte Sonnabend vormittag in der Parallelstraße belegene Malzfabrik von Gebrüder Asmussen. Das in der Nachfrage entstandene Feuer verbreitete sich bald über alle Böden des großen Gebäudes und vernichtete große Getreidevorräte. Die Feuerwehrleute konnten ihre Arbeit nur auf das Ablöschende und den Schutz der Nachbargebäude beschränken. Die Entstehungsursache ist unbekannt. Das Feuer wurde erst spät bemerkt, weil in den oberen Räumen in den letzten drei Stunden vor dem Ausbruch nicht gearbeitet wurde. Die Maschinen, der Dampfkessel und die Däre scheinen unversehrt geblieben zu sein. Der durch Versicherung gedeckte Schaden wird auf 80 000—80 000 Mk. geschätzt.

Wilhelmshaven. Kürsch vor der Presse. Der Oberpostdirektor in Wilhelmshaven verbot allen Postangehörigen, ohne Genehmigung des Postdirektors der Zeitungspresse Beiträge oder Notizen zu liefern.

Rostock. Reparative Reichsverbande ehren. Die Mecklenburger Volkszeitung hatte im November v. J. sich mit dem Reichsverbandshauptling Muelenz, ist Rostock beschäftigt, der damals gerade zur Disposition gestellt worden war. Wegen des Ausdrucks „sei abgelegt“ worden, fühlte der Reichsverbandler sich beleidigt und klage. Das Gericht machte ihm auch die Freude, den Verantwortlichen der „Volkszeitung“, Genossen Francke, zu 50 Mark Geldstrafe zu verdonnern.

Bremen. Magd soll Magd bleiben. In den Bremer Nachrichten fand sich dieser Tage folgende Anzeige:

Zum 1. Februar für kinderlosen Haushalt zum Alleindienst ein gewissenhaftes, fleißiges, ordentliches Mädchen, das Lust und Liebe zu häuslicher Arbeit hat. Kenntnisse im Kochen nicht erforderlich. Freundliche Behandlung, Familienanschluß. Vorzugsart Mädchen, das dauernde Stellung sucht. Sozialdemokratische Gesinnung verbietet. Angebote unter G. 757 beim Verleger erbeten.

Die vorsichtige Herrschaft gehört wahrscheinlich zu jener Sorte, bei der zur „freundlichen Behandlung“ die häufige Verabreichung von Brügeln gehört. Da nicht jedes Mädchen sich das gefallen läßt, verbietet man sich einfach die „sozialdemokratische Gesinnung“, in der Hoffnung, dann schon ein unterwürfiges Geschöpf zu finden, das sich alles bietet.

Aus der Partei.

Nach russischem Muster. Der Landeskongress der rumänischen Sozialdemokratie Ungarns, der in Hermannstadt (Ungarn) tagen sollte, ist im letzten Moment von der Behörde verboten worden.

Grußwährendener Christenführer. Der christliche Gewerkschaftsführer Engel, der bei dem Streik in Badisch-Rheinfelden eine sehr zweifelhafte Rolle spielte und, als seine Tätigkeit Schiffbruch erlitten, gegen den Fabrikdirektor Dr. Bitmann einen sehr scharfen Kampf führte, ist plötzlich aus Garciacuken, wo er zuletzt „wirkt“, verschwunden.

Soziales.

Die Arzte in Deutschland. Nach der „Deutschen medizinischen Zeitschrift“ betrug die Zahl der Ärzte in Deutschland im Jahre 1910: 92 449 (1909: 91 969), sodass auf 10 000 Einwohner 5 Ärzte kommen. Die Zahl der Ärztinnen ist von 55 im Jahre 1908 und 69 im Jahre 1909 auf 102 gestiegen.

Paritätische Facharbeitsnachweise für das Gastgewerbe. Der Verband deutscher Arbeitsnachweise hat für den 20. Januar eine Konferenz nach Berlin einberufen, die sich mit der Frage der Errichtung von Facharbeitsnachweisen für das Gastgewerbe beschäftigen soll. Gingeladen sind die Dezentralen, bezw. die Vorläufigen städtischen Arbeitsnachweise und die Vertreter von Arbeitgeber und Arbeitnehmer-Organisationen des Gastgewerbes. Eine vom Verband unterbreitete Resolution erklärt die Errichtung von gastronomischen Nachweisen in allen dazu geeigneten Orten des Deutschen Reiches für dringend geboten. Diese Nachweihungen sind paritätisch und durchaus selbständig zu verwalten. Die Kosten sind von dem Träger des öffentlichen Nachweises und den beteiligten Organisationen der Arbeiter und Unternehmer gemeinschaftlich aufzubringen. Schließlich soll zur Förderung und Durchführung dieser Organisation im Deutschen Reich ein Komitee eingesetzt werden, bestehend aus Vertretern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in gleicher Zahl. Den Vorsitzenden stellt der Verband deutscher Arbeitsnachweise.

Schwarze Listen im Staatsbetriebe. Die „Deutsche Technikerzeitung“ hatte mitgeteilt, daß über die technischen Staatsangestellten schwarze Listen geführt werden. Diese Tatsache ließ sich nicht abstreiten und die „Volk“ gibt sich nun dazu her, dieses standolose System als völlig berechtigt darzustellen. Das Scharfmacherblatt meint nämlich: „Einer gewissen Kontrolle und Beurteilung untersteht auch jeder höhere Staatsbeamte, jeder Offizier, jeder Verwaltungsbeamte. Auch von ihm werden gefordert und müssen gefordert werden, gewisse Garantien eines anständigen, der Stellung eines Staatsbeamten entsprechenden persönlichen, dienstlichen und politischen Verhaltens. Warum sollen nun gerade die Herren technischen Unterbeamten jeder solchen Kontrolle frei und ledig sein?“ Die geringe Zahl der auf der schwarzen Liste stehenden Namen angesehens des großen Personenkörpers des Ressorts beweist bereits, daß von einem Misbrauch keine Rede ist. Die Herren glauben sich ja wohl, weil den Sozialdemokraten sehr nahe stehend (V. d. besonderer Vorrechte erfreuen zu dürfen, wie sie die Sozialdemokratie für ihre gewerblichen Kämpfe vorbereiten). Davor kann natürlich im Staatsbetrieb keine Rede sein.“

Wohlfahrtsvereinigungen für Arbeiter haben für die damit begülichsten Arbeiter in den Betrieben mittlerweile sehr problematische Wert. Die Unternehmer benutzen diese nur dazu, den Arbeiter von der wirklichen Vertretung seiner Interessen durch die Organisation abzuhalten. Auch in Seiffen und in der sächsischen Oberlausitz sind

vielfach solche Arbeiter-Wohlfahrtsseinrichtungen anzutreffen, und die Organisationsverhältnisse der dortigen zahlreichen Industriearbeiter lassen deshalb vieles zu wünschen übrig. Jetzt sind nun diese Arbeiter sehr unsaft aus ihrem Betriebsvertragsvertrag aufgerückt worden. Die Fabrik von H. M. Marx, in der eine solche Arbeitervertretung bestand, aus der alte Arbeiter eine kleine Rente oder eine Kapitalabfindung erhalten, macht Konkurrenz. Die „Gründner“ der Arbeiterstiftung erhielten von dem Konkurrenzverwalter die Mitteilung, daß ihre Dienste und Ansprüche nicht als bevorrechtigte Vorberatungen anzusehen seien und daß er außerdem von dem im Statut der Stiftung dem Unternehmer vorbehaltenen Rechte Gebrauch mache und die Renten aufhebe. — So sind die alten vertraulicheren Arbeiter, die glaubten für ihre alten Tage eine, wenn auch eine sehr bescheidene Rente zu bekommen, die Genaschtragen. Solche Vorfälle sind durchaus geeignet, die Arbeiter darüber aufzuklären, daß ihnen solche von den Unternehmern gestellten Wohlfahrtsseinrichtungen nichts nützen, daß nur die Organisation der Arbeiter ihnen helfen kann.

Ausbenterüngste. Unter der Überschrift „Ein schändliches Blatt an Fürsorge“ fürchtet die „Kölnische Zeitung“ Unheil von dem Heimarbeitertag am 12. Januar. Bugegeben wird, daß der Schutz der Heimarbeiter notwendig sei; aber schon den Erweiterungen des Entwurfs eines Haushaltergesetzes in der Kommission (Bohnhof und Lohnarbeiter) könne man nur mit Bedenken zustimmen. Die Kölnische fürchtet nun, daß der Heimarbeitertag die Errichtung von Lohnämtern als Kardinalforderung befürworten werde. Die „Kölnische Zeitung“ behauptet den Heimarbeitertag, durch nicht die Gefahr herauszufordern, daß die Regierung ganz die Gesetz schaffen lasse. Die Regierung sei entschlossen, den Weg der staatlichen Reglementierung der Lohnfrage, der beim Ratgeber betreten wurde, nicht weiterzugehen. Aber auch den Heimarbeitern sei mit Lohnämtern nichts gedient; die festgelegten Mindestlöhne würden Normallöhne werden und dadurch leistungsschwache Heimarbeiter zu Arbeitslosigkeit verurteilen; die Zusammenziehung der Lohnämter würde der Gegenstand fortwährender Verärgerung werden. Kurz und gut: gerade in der Heimarbeit könnte ein Zuviel der Fürsorge argen Schaden auch für die Heimarbeiter bringen. — Die angebliche Sorge um die Heimarbeiter ist nichts anderes als heuchlerisches Trugspiel. Den Ausbeutern des Heimarbeitertags wird nur Angst und Bange, daß durch Lohnämter der schamlosen und brutalen Ausbeutung eine Grenze gesetzt werden könnte.

Genossenschaftsbewegung.

Zwischenhandel und Steuererhöhungen. Als im vorherigen Jahr, anlässlich der Reichsfinanzreform, vielfach darauf hingewiesen wurde, daß die braven, ungewöhnlichen Zwischenhändler die Gelegenheit benutzen, um Aufschläge auf die versteuerten Waren vorzunehmen, die den Steuerbetrag um ein beträchtliches übertrafen, entzündete sich die Handelspresse nicht wenig über diese Feststellungen. Sie sprach von Verleumdung und machte die biederer Händler zu Unschuldsgenossen, die nicht im entferntesten daran dachten, einen allgemeinen Überlass der Steuerzahler zu einer Erhöhung ihres Profits zu benutzen. Wie es mit dieser Rolle der zu unrecht Beschuldigten tatsächlich beschaffen ist, zeigt nun eine Mitteilung in der „Kölnischen Zeitung“ vom 22. Dezember in einem Artikel über die Wirkungen der Blindholzsteuer. Der grobe Sachverständnis verantworte Verfasser des Artikels erzählt, daß vor der Steuer der Verband des Zwischenhandels an einem Batzen Blindholz 2 Pf. betragen habe, nach Inkrafttreten der Steuer aber auf 5 bis 6 Pf. gestiegen sei. Reichsämter wird ja auch jetzt niemand beim Streichholzverkauf erwerben, aber darauf kommt es nicht an. Es handelt sich nur darum, festzustellen, daß der Zwischenhandel die Steuererhöhung benutzt, um den Tribut, den er vom Konkurrenten erhält, zu vergrößern. Es kann auch außer acht bleiben, welche Schichten des Zwischenhandels: Groß- oder Kleinhändler, den Nebbach machen, es kommt uns in diesem Zusammenhange lediglich auf die Tatsache an, daß dadurch wenigstens eine städtische Bevölkerungsgruppe von der Finanzreform hatte, nämlich die Händler. Bei einer größeren Ausbreitung der Lohnsteuer wären die Händler aber wahrscheinlich einen anderen Verlauf genommen.

Wie Zigarrenhandlungen entstehen. Das Gründen von Zigarrenfabriken wird seit einigen Jahren gewerbsmäßig betrieben. Über eine dieser Gründungsfirmen berichtet die „Süddeutsche Tabakzeitung“. Die betreffende Firma suchte „Filialeiter“ in Zeitungsinseraten. Sie stellte die Leute gegen Gehalt und Provision als Leiter von Zigarrenläden an, die sie einrichtete, und für die sie den Mietvertrag abschlossen. Den Warenbestand müssten die neuen Zigarrenhändler jedoch sofort bei Übernahme des Geschäfts bezahlen. Die Firma blieb bald mit Miete und Gehaltszahlung im Rückstand, so daß sowohl die Hausbesitzer als die Filialleiter geschädigt wurden. Solange der Handel unter solchen unfreudlichen Gründungen aus seinen eigenen Reihen leidet, sollten die Herren nicht bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten die Konsumvereine für die Schäden verantwortlich machen, die auf ganz andere Ursachen zurückzuführen sind.

Schiffsnachrichten.

In Travemünde angelangte Schiffe. Sonntag, 8. Januar.
D. Malmö, Kap. Kolin, von Kopenhagen in 15 St. Von Travemünde abgegangen. Sonntag, 8. Januar.
D. Hilgenas, Kap. D. Nielsen, nach Göteborg.
D. Svea, Kap. Sonesson, nach Stockholm.
D. Stadt Lübeck, Kap. Ch. Beeth, ist Sonnabend nach Memel nach hier abgegangen.
D. Deutschland ist Sonnabend nach in Riga angekommen.
D. Juno, Kap. C. J. Butt, ist Sonnabend abend in Rotterdam angekommen.

Handels- und Marktnachrichten.

Übererer Marktverein vom 7. Januar.
Bauern-Butter Pf. 1,20—1,90 Mt. Metzeler-Butter Pf. 1,40 Mt. Hasen 3,50—4 Mt. Enten 4,00—4,60 Mt. Hühner 2,00—2,80 Mt. Küken Std. 2,00—2,50 Mt. Tauben Stcd. 0,55—0,65 Pf. Gänse Pf. 0,75—0,85 Mt. Schinken Pf. 0,90—1,00 Mt. Schweinstoß Pf. 0,65—0,80 Pf. Mürz Pf. 1,20—1,40 Etier 7 Stcd. 60 Pf. Heringe 3 u. 4 10 Pf. Dorsch gerad. Schwanerfisch gerad. Karpfen Pf. 1,10 Mt. Geräuch. Lachs Pf. 1,00—2,00 Mt. Schleie Pf. 1,40—1,60 Mt. Brachsen 60—70 Pf. Seelie Pf. 60—70 Pf. Barbe Pf. 60—70 Pf. Kalbfleisch Pf. 1,00 Mt. Karlsruhe Pf. 80 Pf. Gendie gerad. Blumenhof d. Kopf 0,80—0,90 Mt. Rohr 100 Pf. — Mt. Garten 100 Pf. — Mt. Zwiedeln, bislige Pf. — Mt. Riepsel verschiedene pr. 100 Pf. — Mt. Blaumen, pr. 100 Pf. — Mt. Kirschen Pf. — Pf. Kartoffeln pr. 10 Pfund zu 10 Pf. Land Pf.

Hamburger Sternschanz-Niehmarkt vom 6. Januar.
Aufstellung 2568 Schweine. Markt mäßig reg. Überstand
20 Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pf. Tara 20 Proz. 61.— bis 62,00 (49,00 bis 49,50 Mt.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund. Tara 20 Proz. — bis 61.— (—, bis 49,00 Mt.) Mittelware, von 200—240 Pf. Tara 22 Proz. 61,00 bis 62.— (47,50 bis 48,50) Mt. Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz. 61.— bis 61,50 (47,50 bis 48,00 Mt.) Geringere Ware, Tara 24 Proz. 56,00 bis 60,00 (42,00 bis 45,50) Mt. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz. 57,— bis 59,00 (45,50 bis 47,00) Mt. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 50,00 bis 55,00 (39,00 bis 48,00) Mt.

Literarisches.

Humor und Kunst! Das ist der Wahlspruch unseres vornehmsten farbig illustrierten Familienwitzblattes, de-

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu unserer Hochzeit danken herzlich H. Böck und Frau.

Sozialdemokratischer Verein.

Den Parteigenossen zur Hochzeit, daß am Sonnabend früh unser langjähriger Parteigenosse, der Schmied

Carl Kluge

nach kurzer Krankheit verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag nachmittag 2½ Uhr vom Trauerhaus Ludwigstraße 58 aus statt. Die Parteigenossen sammeln sich um 2 Uhr im Restaurant des Genossen Fritz Leeke, Schwartauer Allee. Abmarsch von dort präzise 2¼ Uhr.

Zentralverband der Schmiede

Zahlstelle Lübeck.

Nachruf.

Am 7. Januar 1911 verstarb unser langjähriges Mitglied

Karl Kluge

im 43. Lebensjahr.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 10. Januar, nachmittags 2½ Uhr, vom Sterbehause Ludwigstraße 58 aus statt. Abmarsch vom Sammelpunkt, Gastwirtschaft F. Leeke, Schwartauer Allee 70, um 2 Uhr.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Die Ortsverwaltung.

1 freundliches Logis

zu vermieten Tremstorp 10.

1 Logis zu vermieten.

Augustenstraße 18, I.

Zum 1. April oder früher: Zwei fdl. Wohnungen vor dem Mühlentor, an ordentliche Leute, preiswert. Näh. bei Schneppel, Wasserweg 2.

Zum 1. April ein großes Zimmer und Küche an einzelne Person zu vermieten. Klopfenstraße 29.

Eine adgeschl. Zwei-Zimmer-Wohnung (verterte) vor dem Holstentor zum 1. April zu vermieten. Näheres Schwartauer Allee 30, pt.

Ein Kinderwagen zu verkaufen. Krähenstraße 28.

Ein neuer Waschtisch (Tombolo-gewinn) billig zu verkaufen.

Barndorffstraße 52 I.

Gut erhaltenes Kinderwagen

zu verkaufen.

Wakenitzmeyer 1 b, II.

Schneiderin empf. sich. Knabenanzüge w. angef. Glorinst. 11, III.

Wege, 1. Familienseier bleibt mein Geschäft am Dienstag, dem 10. Januar von mittags 1 Uhr an geschlossen.

M. Lahrtz, Süderstraße 16.

Konz. Kammerjäger

Wilh. Klüssendorf

Bedeckungsliste 22. Februar 1509.

Hiermit, nehme ich die über die Chirurgie Poggensee ausgeschriebene Beteiligung mit dem Ausdruck des Bedauers zurück. Joh. Klempau.

Vereinigte Butterhändler

v. Lübeck u. Um.

Allgemeine Meierbücher

Kosten Pf. 1,40 m.

Seifen-, Sanitär-, Wäsche-, sowie Fleischwaren
sonst zu den höchsten Tagespreisen
Dr. Wagner, Süderstraße 6.

"Meggenborfer-Blätter", von denen der letzte (88.) Vierteljahrsband soeben fertig vor uns liegt. Die "Meggenborfer-Blätter" sind ein Witzblatt in vornehmstem Stil, das sich wie kaum ein zweites zur Verbreitung in der Familie eignet. Alles was sie bieten: witzigen Humor, seine Sätze, scharf pointierte Witze, humorvolle Erzählungen geben sie in ihrer vornehmsten, nie verlegenden Weise, ohne dabei in ein langweiliges Familienprogramm zu verfallen, besonders da allerhöchst aktuelle Ereignisse in launiger Form behandelt werden.

Vornehmer Witz, witzlicher Humor, das ist die eine Seite, die hier gepflegt wird — reizvolle Kunst die andere. Unterstützt von einem Stabe erster Künstler bringt die Zeitschrift farbige Kunstdräder, die den Vergleich mit keiner anderen Zeitschrift zu scheuen brauchen. Infolge dieser künstlerischen Ausstattung und ihrer vornehmsten Haltung werden die "Meggenborfer-Blätter" in Deutschland mit Vorliebe gelesen; in allen Städten bis zu den feinsten Gesellschaftsstreichen bestehen sie Freunde nach vielen Tausenden. Alles in allem: die "Meggenborfer-Blätter" sind ein Familienblatt ersten Ranges, das in seiner künstlerischen Eigenart einzig dasteht. Der in Anbetracht

des Gebotenen außerst niedrige Bezugspreis von 3 Mt. pro Vierteljahr (18 inhaltssreiche Hefte) ermöglicht es jedem, sich diesen köstlichen Hausschatz deutscher Humors im Abonnement anzuschaffen.

Volkentrechtung — Polizeiwillkür. Die Wahlparole des schwarzblauen Blocks. Reden der Abgeordneten David, Frank, Scheidemann und des Reichskanzlers bei den Staatsberatungen am 9.—14. Februar 1910. Nach den stenographischen Berichten. Preis 40 Pf. Diese Broschüre will alle in der Agitation tätigen Genossen und Genossinnen mit wirkungsvollem Material versorgen und ist die weiteste Verbreitung des selben zu empfehlen. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Speditionen und Kolportage sowie vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Verantwortlich für die Rubrik "Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: Th. Schwarzk. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Ziegenfleisch Pf. 40 Pf.
22 Fünfhausen 22.

Visitkarten

— ff. Elfenbeinkarton —
100 Stück von Mk. 1.— an
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.

Carl Folkers Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weltgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.

Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebt rote Lübeck-Rabattmarken.

An unsere Abonnenten

zum Vorzugspreise von Mt. 3.—
Berühmte Forschungsreisende im
Verkehr mit wilden Völkerschaften

Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebt rote Lübeck-Rabattmarken.

An unsere Abonnenten

zum Vorzugspreise von Mt. 3.—
Berühmte Forschungsreisende im
Verkehr mit wilden Völkerschaften

Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebt rote Lübeck-Rabattmarken.

An unsere Abonnenten

zum Vorzugspreise von Mt. 3.—
Berühmte Forschungsreisende im
Verkehr mit wilden Völkerschaften

Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebt rote Lübeck-Rabattmarken.

An unsere Abonnenten

zum Vorzugspreise von Mt. 3.—
Berühmte Forschungsreisende im
Verkehr mit wilden Völkerschaften

Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebt rote Lübeck-Rabattmarken.

An unsere Abonnenten

zum Vorzugspreise von Mt. 3.—
Berühmte Forschungsreisende im
Verkehr mit wilden Völkerschaften

Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebt rote Lübeck-Rabattmarken.

An unsere Abonnenten

zum Vorzugspreise von Mt. 3.—
Berühmte Forschungsreisende im
Verkehr mit wilden Völkerschaften

Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebt rote Lübeck-Rabattmarken.

An unsere Abonnenten

zum Vorzugspreise von Mt. 3.—
Berühmte Forschungsreisende im
Verkehr mit wilden Völkerschaften

Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.

Ausnahmepreis für unsere Leser!

Kapt. Marryats Werke.

Neue illustrierte
Pracht-Ausgabe.



Aus dem Inhalt heben wir nur einiges hervor: Jacob Ehrlich Peter Simpel. — Der Pirat. — Das Gespensterschiff. — Drei Kutter Wilddieb.

Reichhaltiger, hochinteressanter Inhalt.

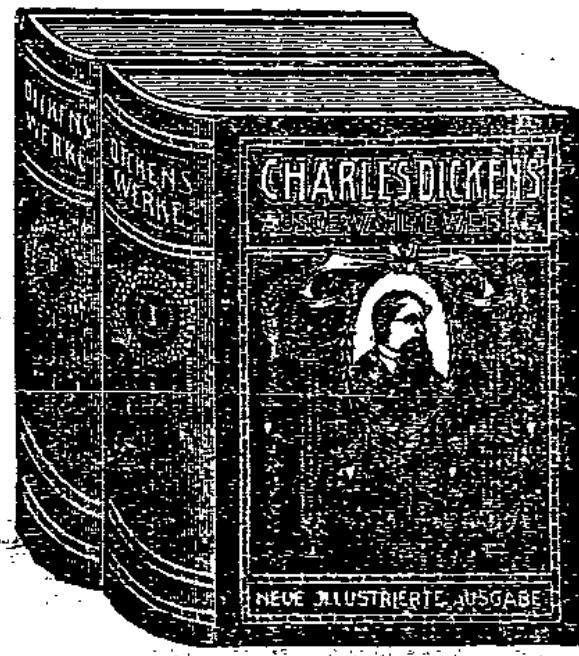
2 elegante Pracht-Bände, großes Format.

Beide Bände zu dem billigen Preise von

nur Mark 3.—

Charles Dickens

Auswahl seiner besten Schriften in einer illustr. Pracht-Ausgabe.



Reichhaltiger, hochinteressanter Inhalt.

2 elegante Pracht-Bände, großes Format.

Beide Bände eleg. geb. zu dem billigen Preise von

nur Mark 3.—

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannissstraße 46.

Sehr empfehlenswert

ist das in 60 Lieferungen a 40 Pf. erschienene Werk:

PLATEN

Die neue Heilmethode. Lehrbuch der naturgemäßen Lebensweise, der Gesundheitspflege und naturgemäßen Heilweise.

Neu bearbeitet von 37 praktischen Aerzten, Pädagogen und Hygienikern, mit 10 farbigen naturgetreuen Modellen des menschlichen Körpers und der einzelnen Organe, bis in die kleinsten Teile zerlegbar; ferner 62 Chromo- und Kunstabfeln und 660 Abbildungen, über 3000 Textseiten, wovon wir einige Teile hervorheben, als: Die Kränkheitslehre und deren Erkennung, Anwendungsformen der Naturheilkunde, Grundsätze, Methoden und die Mittel der Naturheilkunde, Gesundheitslehre der Naturheilkunde, Geschlechtsleben, syphilitische Krankheiten, das Kind und seine Pflege, das Weib in gesunden und kranken Tagen etc.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Johannissstr. 46.

Achtung! Deutscher Holzarbeiterverband

Zahlstelle Lübeck.

General - Versammlung

am Dienstag, dem 10. Januar 1911

abends 8 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannissstr. 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Jahres-Bericht und Abrechnung.

2. Renwahl der Latalverwaltung und sämtlicher Gürtelfräste.

3. Verschiedenes.

Vortragskurse für Arbeiter.

Dienstag, den 10. Januar 1911
abends 8 1/2 Uhr präzise:

2. Röhle-Vortrag

über

Grundbegriffe der Volkswirtschaftslehre.

Zu zahlreichem Besuch laden ein
Die Kartellkommission.

Der Vorstand

des Sozialdemokratischen Vereins.

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, den 11. Januar
abends 8 Uhr

in der Stadthalle:<